Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 205 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 1. September 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

„Bitte ich, von einer Fahrt Abstand zu nehmen"

Der Reichstag

Eine Besprechung des Reichstagspräsidiums nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Das Präsidium nahm Kenntnis von dem

Antworttelegramm des Reichspräsidenten,

das folgenden Wortlaut hat:

„Für die Mitteilung von der Wahl des Reichstagspräsidiums sage ich Ihnen besten Dank. Ebenso für die mir kundgegebene Absicht des neugewählten Präsidiums, sich bereits jetzt hier mir vorzustellen. Da ich im Laufe der nächsten Woche nach Berlin zurückzukehren gedenke, bitte ich Sie und die Herren Vizepräsidenten, von einer Fahrt hierher Abstand zu nehmen und den geplanten Besuch bei mir im Laufe der nächsten Woche in Berlin abzustatten. Den Zeitpunkt hierfür werde ich Ihnen dort angeben. Einstweilen spreche ich Ihnen und den Herren Vizepräsidenten auf diesem Wege meine guten Wünsche für Ihre Geschäftsführung aus.

von Hindenburg, Reichspräsident."

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ.-Büros erfährt, glaubt das Reichstagspräsidium aus der freundlichen Fassung der Antwort, die alle Möglichkeiten offen läßt, die Geneigtheit des Reichspräsidenten entnehmen zu können, vor weiteren Entschlüssen dem Präsidium die Möglichkeit zu geben, ihm über die neue Lage Vortrag halten zu dürfen. Man nimmt an, daß dies noch vor der Donnerstag nächster Woche in Aussicht genommenen zweiten Plenarsitzung des Reichstages der Fall sein wird und hofft, daß es gelingen wird, den Reichspräsidenten doch noch von dem Vorhandensein eines arbeitsfähigen Reichstages zu überzeugen.

Die Schriftführer

Nach dem am Mittwoch festgestellten Ergebnis der vom Reichstag vorgenommenen Wahl der 12 Schriftführer, die zusammen mit dem Präsidium den Vorstand des Reichstages bilden, sind acht Nationalsozialisten, drei Zentrumsabgeordnete und ein Deutschnationaler zu Schriftführern gewählt worden. Die höchste Stimmenzahl, nämlich 414, erhielt die Zentrumsabgeordnete Frau Teusch. Die wenigsten Stimmen der gewählten Schriftführer, nämlich 227, also offenbar nur nationalsozialistische Stimmen, erhielten drei nationalsozialistische Abgeordnete. Nur vier Stimmen weniger entfielen auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion, die danach im Vorstand des Reichstages überhaupt nicht mehr vertreten ist.

Die Programmrede des Reichskanzlers

Der genaue Zeitpunkt, an dem der Reichskanzler vor dem Reichstag seine umfassende Programmrede halten wird, steht, wie wir von unterrichteter Seite hören, noch nicht fest. Nachdem mit dem Reichspräsidenten eine grundsätzliche Uebereinstimmung in den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen erzielt worden ist, wird der Reichskanzler sich mit dem Reichspräsidenten über alle politischen Fragen in Fühlung halten und alle Einzelheiten von Fall zu Fall mit ihm durchsprechen. Der Eindruck, als ob der Reichspräsident für alle Einzelmaßnahmen gewissermaßen eine Blankovollmacht erteilt habe, ist hiernach nicht richtig. Ueber den Termin für Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten zur Festsetzung des Tages der Programmerklärung des Kanzlers kann noch nichts gesagt werden.

Die Bildung der Reichstagsausschüsse

ging sehr schnell vonstatten. Nur im Haushaltsausschuß schloß sich an den Konstituierungsakt noch eine Debatte.

Im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat den Vorsitz der bisherige Reichstagspräsident Löbe, Stellvertreter ist der nationalsozialistische Abgeordnete Oberlindober. In diesem Ausschuß verfügen die Nationalsozialisten über elf, die Sozialdemokraten über sechs, die Kommunisten über vier, das Zentrum über vier, die Deutschnationalen über zwei und die Bayerische Volkspartei über einen Sitz.

Im Auswärtigen Ausschuß hat der nationalsozialistische Abg. Dr. Frick wie im alten Reichstag den Vorsitz. Sein Stellvertreter ist wieder der sozialdemokratische Abg. Scheidemann. Auch hier haben die Nationalsozialisten elf Sitze, dann die Sozialdemokraten sieben, die Kommunisten vier, das Zentrum drei, die Deutschnationalen zwei und die Bayerische Volkspartei einen.

Im Geschäftsordnungsausschuß hat Dr. Bell (Zentrum) den Vorsitz.

Im Haushaltsausschuß führt der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt den Vorsitz; sein Stellvertreter ist der frühere Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Heimann (Soz.).

Eine längere Geschäftsordnungsaussprache entspann sich über die Frage der **Besetzung der Unterausschüsse des Haushaltsausschusses,** für die die Nationalsozialisten nach ihrer Stärke je vier Sitze verlangten. Der Ausschuß beschloß aber, es bei der bisherigen Regelung zu belassen, wonach Fraktionen mit mehr als 100 Mitgliedern in den Unterausschüssen nur durch zwei Abgeordnete vertreten sind.

Keine Entfernung der schwarz-rot-goldenen Fahne

Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende hat den Reichstagspräsidenten Goering ersucht, die schwarz-rot-goldene Fahne in der Wandelhalle des Reichstages entfernen zu lassen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, hat Präsident Goering darauf geantwortet, daß er zurzeit keinen Anlaß habe, dem deutschnationalen Ersuchen stattzugeben. Der Präsident erinnert die deutschnationale Fraktion daran, daß auch der deutschnationale Reichstagspräsident Wallraf vor einigen Jahren die Fahne nicht habe entfernen lassen.

Die kommende Notverordnung der Reichsregierung

Der Termin für die Veröffentlichung der Notverordnung der Reichsregierung, der ursprünglich für Sonnabend vorgesehen war, ist, wie wir von unterrichteter Seite hören, auf Montag verschoben worden, weil man in Regierungskreisen am Sonnabend nicht mehr fertig werden zu können glaubt. Am Montag sollen der Presse ausführliche Aufklärungen über die Notverordnung gegeben werden.

Die sozialdemokratische Fraktion

hielt eine Sitzung ab, in der zunächst der Fraktionsvorstand gewählt wurde. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde wieder Abg. Dr. Breitscheid gewählt, zu weiteren Vorsitzenden der Fraktion die Abgg. Wels, Löbe und Dittmann. Die Fraktion hatte bisher nur drei Vorsitzende. Durch die Zuwahl des Abg. Löbe sind es jetzt vier geworden. Die Fraktion hielt dann eine größere politische Aussprache ab.

Zentrum und NSDAP

Fortsetzung der Aussprache in der Zentrumsfraktion des Landtages

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages setzte die politische Aussprache fort auf der Grundlage des Referates, das Abg. Dr. Graß über den Stand der Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten erstattet hat. Die Fraktion hatte den Wunsch geäußert, über diese soviel in der Presse erwähnten Verhandlungen maßgeblich unterrichtet zu werden, um zu ihnen Stellung nehmen zu können. Beschlüsse waren deshalb nicht zu erwarten, weil parallel mit den Fraktionsverhandlungen die eigentliche Koalitionsbesprechung fortgesetzt wurde, die wegen des Katholikentages auf einige Tage ausgesetzt werden muß.

Die Stimmung in der Zentrumsfraktion soll gutem Vernehmen des VDZ-Büros nach noch nicht einheitlich für die Herbeiführung einer Koalition mit den Nationalsozialisten sein. Vor allem sollen Zweifel daran geäußert werden, daß die Nationalsozialisten, die noch vor kurzem heftigsten Angriff gegen das Zentrum richteten, in einer Weise gebunden werden könnten, die es ermöglicht, auf verfassungsmäßigem Wege zu regieren. Dagegen werden als Argumente für die Koalition vor allem die Möglichkeiten geltend gemacht, verfassungsmäßige Regierungen im Reich und in Preußen herzustellen, wobei man es nur als fraglich bezeichnet, ob die Widerstände ohne weiteres überwunden werden könnten, die gegen derartige Koalitionen oder von ihnen gestützte Präsidialkabinette im Augenblick an maßgebender Reichsstelle bestehen. Man mißt in diesem Zusammenhang der gewünschten Unterhaltung des Reichstagspräsidiums mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, die erst in der nächsten Woche stattfindet, allergrößte Bedeutung bei.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird dem Nachrichtenbüro des VDZ. aus Zentrumskreisen erklärt, daß man sich eingehend mit der gegenwärtigen politischen Situation im Reich und in Preußen beschäftigt habe. Die Zentrumsfraktion stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die jetzt in Preußen durch den Reichskommissar geschaffenen Zustände verfassungswidrig seien. Sie sei deshalb einmütig der Auffassung, daß alles geschehen müsse, um möglichst bald verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen, und habe den Fraktionsvorstand beauftragt, in diesem Sinne tätig zu sein. Soweit die offiziöse Mitteilung.

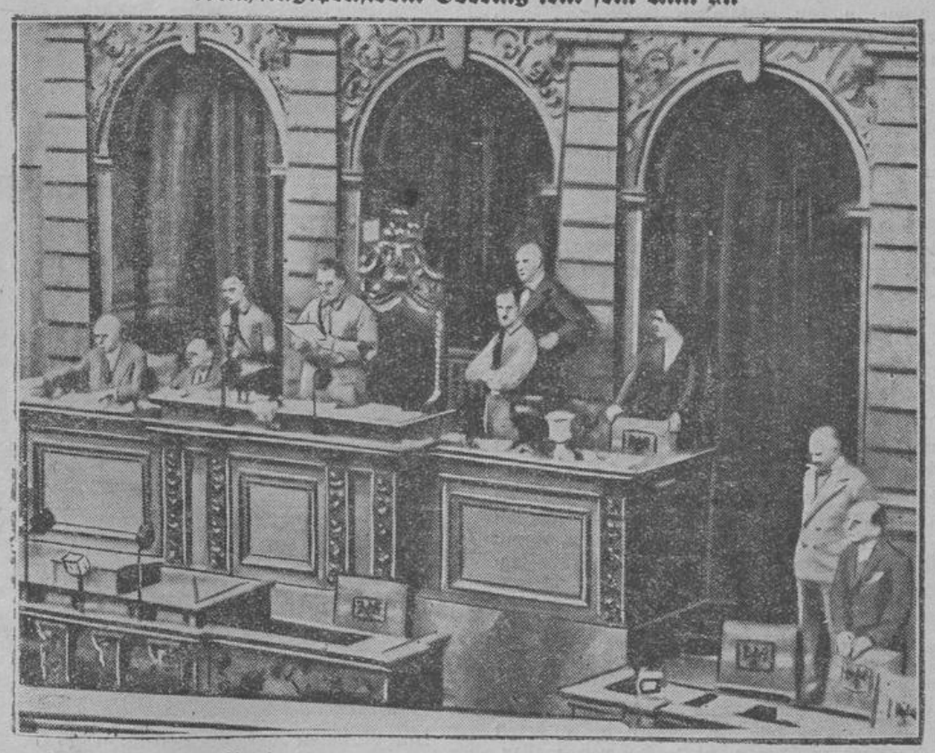
In parlamentarischen Kreisen wird dem genannten Büro erklärt, daß unter dem Wunsch der Zentrumsfraktion auf baldige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände lediglich verstanden werden könne, daß das Zentrum auf baldige Schaffung einer auf eine Landtagsmehrheit gestützten Koalitionsregierung besteht. Da die Nationalsozialisten im Landtagsplenum durch ihren Fraktionsführer Kube gleichfalls die baldige Herstellung verfassungsmäßiger Zustände gefordert hatten, könne man die Vermutung äußern, daß es zur Wahl des Ministerpräsidenten bereits früher kommen werde als am 21. September, dem Tage, an dem nach den bisherigen Dispositionen der Landtag wieder zusammentreten soll.

Dr. Brüning und die NSDAP.

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning hat dem bekannten Publizisten Dr. Paul Rohrbach in München auf einen Brief, den Dr. Rohrbach zuvor in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht hatte, geantwortet. Dr. Brüning stellt in seiner Antwort u. a. fest, daß er seit Wochen von Persönlichkeiten, die nicht seiner Partei angehören, gebeten worden sei, eine Aussprache mit nationalsozialistischen Führern nicht abzulehnen. Er habe sich aber zu einer solchen Aussprache nicht entschließen können, solange Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung geschwebt hätten, um die Verhandlungen nicht zu stören. Nunmehr aber habe er sich auf erneute Bitten patriotischer Männer zu einer Fühlungnahme bereit erklärt.

Diese Aussprache habe der Feststellung dienen

Reichstagspräsident Goering tritt sein Amt an



Zum Präsidenten des Reichstags wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Hauptmann Goering gewählt, der auf unserm Bilde gerade sein neues Amt antritt

Streiflichter . . .

Am Ende des politischen Burgfriedens — Keine Verlängerung — Politische Befriedigung — Der Erfolg der Reichsregierung

Es verdient registriert zu werden, daß um Mitternacht der politische Burgfriede abgelaufen ist. Die Reichsregierung hat ihn nicht verlängert; eine Verlängerung war auch ursprünglich nur für den Eventualfall in Aussicht genommen, da die innerpolitische Situation sie dringend notwendig mache. Es ist aber zweifellos eine sehr starke Beruhigung in der Richtung zu verzeichnen, daß die politischen Terrorakte, Zusammenstöße und sonstigen Ausschreitungen, bis zu einem Grade abgenommen haben, der mit dem Zustand zu Anfang des Monats August gar nicht zu vergleichen ist. Das wird in politischen Kreisen als ein Erfolg der Reichsregierung gewertet, der freilich kaum zu verzeichnen wäre, wenn mit der Tatsache des Burgfriedens nicht auch die sehr energischen Maßnahmen verbunden gewesen wären, mit denen die Regierung gegen alle Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgegangen ist. Im ganzen hat der Burgfrieden während des ganzen Monats August gedauert. Das Reichskabinett hatte ihn sogleich nach der Wahl vom 31. Juli zunächst bis zum 10. August beschlossen, damit der Unruhe des Wahlkampfes zunächst einmal eine Periode der Befriedigung folge. Die Entwicklung der Verhältnisse zwang die Regierung aber zu einer Verlängerung, von der nur der Verfassungstag ausgenommen wurde. Uebrigens wird sich die preußische Regierung wahrscheinlich am Freitag mit der Frage der Begnadigung der fünf Verurteilten von Beuthen befassen. Ohne daß der sachlichen Entscheidung vorgegriffen werden kann, die entsprechend der Münsterschen Rede des Kanzlers nach Recht und Gerechtigkeit erfolgen soll, erwartet man in politischen Kreisen, daß die innere Beruhigung und Befriedigung weitere Fortschritte machen wird, wenn auch die Beuthener Frage geregelt worden ist. Gleich am ersten Tage nach dem Ende des Burgfriedens werden die Nationalsozialisten in Berlin im Sportpalast eine große Kundgebung veranstalten, auf der auch Hitler sprechen soll. Gewiß wird die Versammlungstätigkeit nach dem Fortfall der einengenden Bestimmungen auch im ganzen wieder lebhafter werden. Die Parteien haben aber selbst ein Interesse daran, sie innerhalb eines sachlichen Rahmens abzuwickeln, damit die Reichsregierung nicht gezwungen ist, erneut zu einschränkenden Bestimmungen zu greifen.

sollen, ob überhaupt eine Möglichkeit zur Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung vorhanden sei. Das zu versuchen, sei für ihn auch Gewissenspflicht gewesen. Heute wie früher fühle er sich allen denen gegenüber, die den Reichspräsidenten gewählt hätten, verpflichtet, alles daran zu setzen, die Autorität des Reichspräsidenten zu festigen und das Betreten eines nichtverfassungsmäßigen Weges abzuwenden. Keine Spur von Erbitterung bestimme sein Handeln, sondern die Sorge um das Vaterland.

In der Verurteilung der Beuthener Vorgänge stimme er mit Dr. Rohrbach völlig überein. Im übrigen lägen die Verhandlungen selbst bei den Persönlichkeiten der Zentrumspartei, die ausschließlich für solche Verhandlungen vom Parteivorstand ernannt würden.

Verabschiedung der preußischen Verwaltungsreform am Freitag?

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, hat die preußische Kabinettssitzung noch nicht zur endgültigen Verabschiedung der Verwaltungsreform geführt. Die Arbeiten an den Entwürfen sollen noch fortgesetzt werden, wobei auch mit erheblichen Aenderungen gegen die bisher veröffentlichten Zahlen gerechnet werden könne. Insbesondere richtet sich die Opposition ziemlich einheitlich einschließlich der Kreise, die der kommissarischen Regierung und dem Reichskabinett von Papen nahestehen, gegen die geplant gewesene Aufhebung der Provinzialschulkollegien. Es verlautet, daß das preußische kommissarische Kabinett am Freitag sich erneut mit der Verwaltungsreform beschäftigen und den Entwurf dann verabschieden dürfte.

Die preußische Regierung und die republikanische Beschwerdestelle

In einer Kleinen Anfrage wurde im Preußischen Landtag Beschwerde über die republikanische Beschwerdestelle geführt und das Staatsministerium gebeten, „die republikanischen Beschwerdestellen als Herde ständiger Beunruhigung sofort zu schließen".

Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst der Antwort des kommissarischen preußischen Innenministers entnimmt, handelt es sich bei der republikanischen Beschwerdestelle um eine private Einrichtung ohne jeden amtlichen Charakter. Ueber ihre Beziehungen zu Privatpersonen Ermittlungen anzustellen, fehlt daher der Staatsregierung die rechtliche Handhabe. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß der Verkehr der republikanischen Beschwerdestelle mit amtlichen Stellen auf das Maß beschränkt bleibt, das sich auf der Gewährleistung des Petitionsrechtes in Artikel 126 RV. ergibt. Eine Anmaßung ihr nicht zustehender Aufsichtsrechte über Behörden oder Beamte wird nicht geduldet werden. Eine Schließung der republikanischen Beschwerdestelle ist aus rechtlichen Gründen jedoch unzulässig.

Das Beuthener Urteil

Die Akten und sonstigen Unterlagen über das Beuthener Verfahren gegen die SA-Leute sind bei der zuständigen Berliner Stelle eingegangen und geprüft worden. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß das kommissarische preußische Kabinett am Freitag über die Frage der Begnadigung der zum Tode verurteilten SA-Leute entscheidet.

*

Die Reichstagsfraktion der NSDAP. hat an die zum Tode verurteilten fünf Beuthener SA-Männer ein Grußtelegramm gerichtet, in dem es heißt: „Euer Schicksal machen wir zu dem unsrigen. Wir werden nicht ruhen, bis unser Kampf um euer Leben zum Sieg geführt hat."

Reichskanzler von Papen zur Saarfrage

Aus Anlaß der 12. Tagung des Bundes der Saarvereine am 11. September in Koblenz enthält das Bundesorgan „Der Saarfreund" an erster Stelle ein Geleitwort des Reichskanzlers von Papen, in dem es u. a. heißt:

Zum ersten Male steht an der Spitze der Reichsregierung ein Saarländer. Aber ganz unabhängig von dem Zufall der Heimat gehört es zu den wichtigsten Aufgaben meines Amtes, stets Ausschau zu halten nach der Möglichkeit einer baldigen Rückgliederung des Saargebiets. Daß das Saargebiet deutsch ist und deutsch bleiben will, hat die Bevölkerung in den zurückliegenden 13 Jahren der erzwungenen Absonderung vom Vaterland bewiesen. Die Auferlegung der von dem Versailler Vertrag diktierten 15jährigen Trennung von der Heimat war eine der überflüssigsten Bestimmungen Die zunehmende Erkenntnis von der wahren Sachlage im Saargebiet und der wahren Stimmung der Bevölkerung läßt mich, ohne mich irgendwelchen Illusionen hinzugeben, hoffen, daß es bald gelingen wird, das willkürlich geschaffene Saarproblem in einer Weise zu bereinigen, die den Wünschen der gesamten Bevölkerung und ganz Deutschlands entspricht

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im August 1932

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf") beläuft sich für den Durchschnitt des Monats August 1932 auf 120,3 gegenüber 121,5 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 1,0 v. H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt.

Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,8 v. H. auf 111,8, Bekleidung um 0,8 v. H. auf 115,3, sonstigen Bedarf um 0,2 v. H. auf 165,1.

Die Indexziffer für die Wohnung ist mit 121,3 unverändert, die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit 134,3 nahezu unverändert geblieben.

Innerhalb der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Preise für Gemüse und für Kartoffeln zurückgegangen.

Forderungen und Wünsche

Ein Interview des Reichswehrministers

Die grundsätzlichen Forderungen und Wünsche Deutschlands in der Abrüstungsfrage

Reichswehrminister von Schleicher hat dem Berliner Vertreter des „Resto del Carlino" (Bologna) eine Unterredung gewährt, in der er die gestellten Fragen wie folgt beantwortete:

1. **Welches sind die grundsätzlichen Wünsche und Forderungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage?**

Deutschland wünscht nach wie vor die

allgemeine entschiedene und schnelle Abrüstung.

Es stützt diesen Wunsch nicht nur auf die Erkenntnis, daß die übertriebenen Rüstungskosten eine wirtschaftliche Gesundung der Welt verhindern, sondern auch auf seine eigene Entwaffnung, die nach den feierlichen Versprechungen der Siegermächte in den Friedensverträgen nur die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung darstellen sollte, jener allgemeinen Abrüstung, die 1919 als wichtigste Aufgabe des Völkerbundes bezeichnet wurde. In diesem Wunsch nach allgemeiner und entschiedener Abrüstung trifft sich Deutschland mit Italien, dessen Staatsmänner wiederholt und überzeugend den gleichen Standpunkt vertreten haben.

Das Ergebnis des 1. Abschnitts der Abrüstungskonferenz zeigt allerdings, daß die Verpflichtungen von 1919 in manchen Ländern in Vergessenheit geraten zu sein scheinen. Gerade diejenigen Mächte, die aus den Friedensverträgen die größten Vorteile einheimsten, die für ihre von keiner Seite bedrohte nationale Sicherheit den mächtigen Rüstungsapparat unterhalten und die gleichzeitig die Entwaffnung Deutschlands am eifrigsten betrieben, versagen sich der Einlösung ihrer Abrüstungsversprechen. Was ist aus den genau präzisierten deutschen Abrüstungsvorschlägen vom Februar 1932, aus dem in gleicher Richtung zielenden Programm Italiens, den radikalen Forderungen der Sowjet-Union und zuletzt aus den bedeutsamen Vorschlägen des Präsidenten Hoover geworden?

Die Entschließung des Völkerbundes vom 23. Juli straft jeden Optimismus bezüglich eines allgemeinen und rückhaltlosen Abrüstungswillens Lügen.

Heute schon muß ich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Schuld für ein etwaiges Scheitern der Konferenz auf jene Staaten zurückfällt, die den Zweck der Konferenz nicht in der Herstellung gleicher nationaler Sicherheit aller Völker durch allgemeine Abrüstung sehen, sondern in der einseitigen Sicherung und Verewigung einer ungerechten Verteilung von Recht und Macht, die sich im letzten Jahrzehnt als Quelle allen Uebels erwiesen hat.

Je weiter aber die Erfüllung des deutschen Wunsches nach allgemeiner Abrüstung hinausgeschoben wird, um so energischer muß Deutschland die

Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung fordern.

Es gibt keine selbstverständlichere Forderung. Sie würde ohne weiteres ihre Erledigung gefunden haben, wenn die Abrüstung aller anderen Staaten nach dem Versailler Muster erfolgt wäre. Die Genfer Resolution vom 23. Juli hat gezeigt, daß davon keine Rede sein kann. Die hochgerüsteten Staaten wollen ihre Rüstungen aufrecht erhalten, zum Teil sogar noch verstärken, Deutschland soll im wehrlosen Zustand von Versailles erhalten bleiben. Man kann aber

ein 65-Millionen-Volk, das für den kulturellen Fortschritt der Welt unendlich viel geleistet hat, auf die Dauer nicht als Paria behandeln.

Was hätte Deutschland in einem Völkerbund zu suchen, der es unter entwürdigendes Sonderrecht stellt? Die Forderung nach Gleichberechtigung entspringt aber nicht nur den Geboten nationaler Ehre und internationaler Gerechtigkeit, sie ist auch eine der dringendsten Fragen praktischer Friedenspolitik. Ein großes Volk, dessen Selbstbestimmungsrecht auf der Grundlage der Kriegsschuldlüge in den wichtigsten staatlichen Funktionen in unerträglicher Weise beschränkt wurde, kann nicht zur Ruhe kommen. Ein Staat, der seinen Bürgern nicht die Sicherheit gegen äußere Bedrohung gewährleisten kann, ist in seinem Lebensnerv getroffen und bildet deshalb — und nicht wegen der Lügen über geheime Rüstungen! — in den internationalen Beziehungen einen Faktor der Unsicherheit.

Beklagenswerte Erscheinungen im inneren Leben Deutschlands sind zum größten Teil die natürliche Folge der Fortdauer der Diskriminationen des Friedensdiktats.

Wenn Europa wieder ein gesunder Organismus werden soll, dann darf man sein krankes und schwaches Herz nicht unter dem Druck gepanzerter Fäuste halten.

2. **Was versteht der Reichswehrminister praktisch unter der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage?**

Deutschland beansprucht in bezug auf die Wehrverfassung, die Organisation und Einteilung seiner Streitkräfte, die Ausstattung mit Waffen, die Landesbefestigung und die Waffenherstellung grundsätzlich

die gleichen Rechte,

die die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Das heutige deutsche Wehrsystem der langdienenden Berufswehrmacht ist für kontinentale europäische Verhältnisse das schwächste und gleichzeitig relativ teuerste. Wenn die anderen Mächte dieses System nicht nachahmen wollen, wie es im Sinne ihrer Abrüstungsversprechungen läge, so müssen sie Deutschland den Umbau seiner Wehrmacht nach den Methoden zubilligen, die sie selbst als unerläßlich für ihre nationale Sicherheit bezeichnen. Ein 12 Jahre dienender Soldat verursacht in der Besoldung, in der Vorbereitung auf einen bürgerlichen Beruf und in Versorgungsansprüchen hohe Kosten, die nur zum Teil einen militärischen Nutzeffekt haben. Der Soldat der allgemeinen Wehrpflicht oder der kurzdienenden Miliz ist erheblich billiger und die Aufwendungen für ihn kommen zu nahezu 100 Prozent der Landesverteidigung zugute. Das deutsche Heer hat keine Luftwaffe, keine Kampfwagen, schwere Artillerie, Flugabwehrgeschütze, die Marine keine U-Boote, Flugzeugträger, großen Kreuzer usw. Diese Waffen sind in Genf als Verteidigungsmittel erklärt worden. Ohne sie kann also auch Deutschland seine nationale Sicherheit nicht erlangen. Welch unhaltbarer Widerspruch auch in den Fragen der Landesbefestigung und der Waffenherstellung! In Deutschland entfestigte Landesgrenzen, in den Nachbarstaaten modernste Grenzbefestigungen, die mit ihren großkalibrigen Geschützen weite deutsche Grenzbezirke beherrschen! In Deutschland für jede Waffenart eine genau vorgeschriebene private Fabrik mit geringen jährlichen Fertigungsmengen, jenseits der Grenzen mächtige staatliche und private Rüstungsindustrien, die nicht nur ihre eigenen großen Heere und Flotten versorgen, sondern auch aus dem deutschen Waffenausfuhrverbot ihren Vorteil im internationalen Waffenhandel ziehen! Alle diese Beschränkungen müssen entweder allgemeine Anwendung finden, oder sie müssen für Deutschland wegfallen. Der Umfang eines Umbaues der Reichswehr hängt also vom Grad des Abrüstungswillens der hochgerüsteten Staaten ab. Es ist selbstverständlich, daß bei ihm außerdem der schwierigen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden muß.

3. **Welche Folgerung wird die deutsche Regierung aus einer Ablehnung ihrer Gleichberechtigungsforderungen ziehen?**

Sie wird sich dann

nicht mehr an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz beteiligen.

Was diese Nichtbeteiligung für die Existenz des Völkerbundes bedeutet, liegt auf der Hand. Die deutsche Regierung wird darüber hinaus durch den Bruch der Abrüstungsversprechungen seitens ihrer Vertragspartner

gezwungen sein, die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen, wenn es auf dem internationalen nicht möglich war.

Urteile der Sondergerichte

Die ersten Hagener Sondergerichtsurteile

Das Hagener Sondergericht verurteilte den Arbeiter Max Papengut wegen eines gemeinen Ueberfalles auf einen angeblich politischen Gegner, den er durch Messerstiche lebensgefährlich verletzte und den Arbeiter Paul Kaschinski wegen Anstiftung und Beihilfe zu drei Jahren bezw. einem Jahre sechs Monaten Gefängnis.

In einem anderen Falle wurden drei Kommunisten aus Vierlohn wegen einer politischen Schlägerei zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren bezw. einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

Das zum ersten Male zusammengetretene

Wuppertaler Sondergericht

verurteilte den 30jährigen Arbeiter Josef Berendens aus Heiligenhaus wegen versuchten Totschlags und wegen verbotenen Waffenbesitzes zu zwei Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 3½ Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust beantragt.

Nach der Anklage hatte Berendens am 23. April, dem Vorabend der Reichspräsidentenwahl, bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten auf einen Angehörigen der NSDAP einen Schuß abgegeben.

In Düsseldorf

kam es am ersten Sonntag im Juni morgens auf der Königsallee zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der Eisernen Front. Die Menschenansammlung wurde durch die Polizei zerstreut. Nachmittags gegen 5 Uhr rottete sich wieder eine Menschenmenge am Kaffee Wien zusammen. Ein Ueberfallkommando forderte zum Auseinandergehen auf. Plötzlich wurde ein Polizeibeamter zu Boden geschlagen. Als er sich erheben wollte, erhielt er mehrere Faustschläge ins Gesicht und Tritte gegen den Leib. Als Täter wurde der Nationalsozialist Spörkel aus Düsseldorf festgenommen. Das Schöffengericht verurteilte Spörkel wegen Aufruhrs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu den Mindeststrafen von sechs bezw. drei Monaten Gefängnis, die es zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis zusammenzog.

Während der Verhandlung kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden und dem Staatsanwalt einerseits und dem Verteidiger des Angeklagten andererseits, die damit endete, daß der Verteidiger, ohne dem Gericht persönlich Kenntnis zu geben, die Verteidigung niederlegte. Als sich ein Zeuge daraufhin weigerte, Aussagen zu machen, solange der Angeklagte ohne Verteidigung sei, nahm ihn das Gericht in Haft. Es führte die Verhandlung trotzdem zu Ende.

Urteile des Gladbacher Sondergerichts

Wenige Tage nach der Reichstagswahl spielte sich in Grevenbroich eine Bluttat ab. Zwei Nationalsozialisten hatten einen Techniker, der früher auch Mitglied der NSDAP gewesen und aus der Partei ausgeschlossen war, beim Verlassen einer Wirtschaft verfolgt und überfallen. Bei dem Ueberfall erhielt der Techniker außergewöhnlich schwere Stichwunden. Wegen des Ueberfalles hatten sich ein Schlosser und ein Bauarbeiter vor dem Gladbacher Sondergericht zu verantworten. Die Angeklagten erhielten 27 bezw. 6 Monate Gefängnis.

In Viersen war am 15. Juli ein Polizeibeamter von jungen Nationalsozialisten überfallen und seiner Pistole und seines Seitengewehrs beraubt worden. Die Waffen wurden später aus dem SA-Heim herausgeholt. Hierbei wurde unter dem Kopfkissen eines SA-Mannes ein scharf geladener Revolver gefunden. Das Sondergericht verurteilte diesen SA-Mann wegen Verstoßes gegen die Waffenbestimmungen zu drei Monaten Gefängnis. Das Verfahren gegen die an dem Ueberfall beteiligten Angeklagten mußte abgetrennt werden, da diese nicht zum Termin erschienen waren. Gegen zwei Haupttäter ist Haftbefehl ergangen.

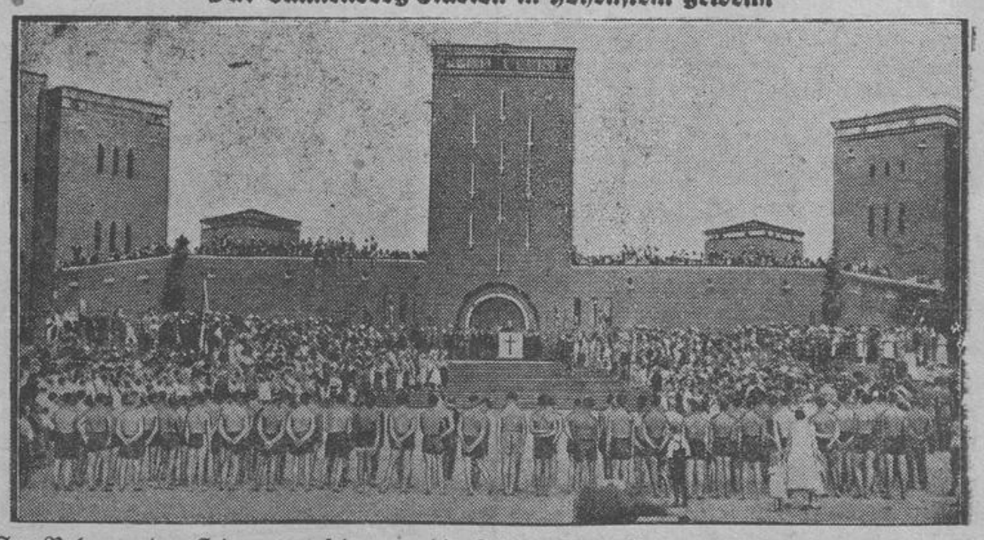
Urteil im Prozeß Rothe

Das Sondergericht in Berlin verurteilte den 24jährigen Bauklempner Max Rothe wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit versuchtem Totschlag und unbefugten Waffenbesitz zu fünf Jahren Zuchthaus und den gleichaltrigen Chauffeur Siegberg Caro wegen schweren Landfriedensbruchs und unbefugten Waffenbesitzes zu drei Jahren Gefängnis; bei beiden wird die Untersuchungshaft angerechnet. Das Sondergericht nahm als erwiesen an, daß Rothe bei dem politischen Zusammenstoß am 16. Juli dieses Jahres in der Alten Jakobstraße geschossen hat, wenn auch nicht erwiesen wurde, daß er den tödlichen Schuß auf den Nationalsozialisten Schröder abgegeben hat. Auch bei Caro sah das Gericht als erwiesen an, daß er sich im Besitz einer Schußwaffe befunden und an der Zusammenrottung teilgenommen hatte.

Vor dem Hirschberger Sondergericht

fand die Verhandlung wegen der schweren politischen Zusammenstöße am 8. Juli zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerangehörigen in Schmiedeberg statt, bei denen, wie erinnerlich, zahlreiche Personen verletzt worden waren. Angeklagt sind 49 Personen wegen unbefugter Waffenführung. 39 Mann von ihnen sind Nationalsozialisten und 10 gehören linksstehenden Parteien an. Von den angeklagten 39 Nationalsozialisten wurden zwei Führer, bei denen eine Schußwaffe gefunden wurde, zu je sechs Wochen Gefängnis, ein Nationalsozialist, der eine Stahlrute bei sich geführt hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Einen Monat Gefängnis erhielten weiter zwei von den 10 angeklagten Angehörigen des sozialdemokratischen Arbeiterlagers, bei denen Schlagringe gefunden worden waren. Die anderen Angeklagten, darunter 34 Nationalsozialisten, die zu ihrer Ausrüstung Spaten getragen hatten, wurden freigesprochen.

Das Tannenberg-Stadion in Hohenstein geweiht



Im Rahmen der Erinnerungsfeier an die Schlacht von Tannenberg fand — wie unser Bild zeigt — am Tannenberg-Nationaldenkmal in Hohenstein die Weihe des neuerbauten Tannenberg-Stadions statt

Der Tiefstand der Krise erreicht

Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur Ende August 1932

Das Institut für Konjunkturforschung faßt auf Grund seiner Untersuchungen sein Urteil über die Weltkonjunktur Ende August 1932 folgendermaßen zusammen:

Obgleich Produktion und Beschäftigung noch weiter schrumpfen, treten

auf der Geldseite der Wirtschaft erstmalig in breiter Front Ansätze zu einem Tendenzumschwung

hervor. Die Welthandelspreise ziehen fast allgemein an. Auch die Großhandelsindexziffern der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben seit Jahresmitte steigende Tendenz. Die Rohstoffvorräte nehmen im ganzen nicht mehr zu. Der Rückgang des Welthandels hat sich verlangsamt; der Mengenumsatz dürfte sogar stabil geblieben sein. Die Milderung der Vertrauenskrise und der fortschreitende Entschuldungsprozeß der Banken hat die Flüssigkeit der Geldmärkte soweit erhöht, daß jetzt Mittel auch auf den Kapitalmarkt überfließen. Ausdruck hierfür ist die Hausse an den Renten- und Aktienmärkten.

In den beiden angelsächsischen Ländern ist der Entspannungsprozeß bereits soweit vorgeschritten, daß gewisse Rückwirkungen aus dem bisher noch stark schrumpfenden Produktionswirtschaft in absehbarer Zeit wahrscheinlich sind. In den von ständigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Staatsfinanzkrisen niedergehaltenen Schuldnerländern Europas ist die Entlastung noch so gering, daß entscheidende Besserungstendenzen nicht zu erwarten sind. Demnach dürfte die Weltwirtschaft als Ganzes sich nunmehr anschicken, das Krisentief zu überwinden.

Ueber die Konjunktur in Deutschland wird ausgeführt: Unter dem Einfluß der internationalen Vorgänge hat sich

das Bild der Effekten- und Warenmärkte auch in Deutschland grundsätzlich gewandelt:

Effektenumsätze und Effektenkurse sind gestiegen, die reagiblen Warenpreise haben ihren Rückgang unterbrochen. An der restruktiven Wirkung der Kredit- und Preissituation ist wenig geändert. Auf der Güterseite der Wirtschaft blieben denn auch die Rückgangstendenzen vorherrschend. Produktion, Beschäftigung und Warenumsätze verharrten in ihrer konjunkturellen Abwärtsbewegung. Das Tempo des Rückganges war aber zum Teil merklich verlangsamt.

Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nach den Regeln der alten Konjunkturautomatik sind, obzwar in Teilen der Weltwirtschaft in greifbare Nähe gerückt, für Deutschland noch immer nicht gegeben. Denn eine Erhöhung der Investitionstätigkeit aus privater Initiative kann unter den derzeitigen Umständen nicht erwartet werden und der Absatz von Verbrauchsgütern und Exportwaren wird wegen schrumpfenden Volkseinkommens und verminderter internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eher abnehmen. Wenn die Wirtschaft sich jetzt überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigstenfalls ein allmählicher Auflauf der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwartet werden.

„Wir brauchen Bestellungen!"

Interview der „Financial Times" mit Direktor Hans Krämer

In einem zweiten Aufsatz über die Wirtschaftslage Deutschlands berichtet der Chefredakteur der „Financial Times" über den Inhalt einer Unterredung mit Direktor Hans Krämer vom Reichsverband der deutschen Industrie, in der sich dieser nicht sehr hoffnungsvoll bezüglich der Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz geäußert habe. Direktor Krämer habe u. a. gesagt, England habe durch die Aufgabe des Goldstandards und durch die Annahme einer Schutzzollpolitik einen der wichtigsten Teile des Wirtschaftssystems entfernt. Bevor das Pfund Sterling auf der Goldbasis stabilisiert sei, was nicht notwendigerweise bedeute, daß es auf Parikurs stabilisiert werden müsse, könne keine internationale Konferenz helfen. Wenn England nicht spätestens im April nächsten Jahres den Goldstandard wieder übernehme, werde es übrigens die Vorteile einbüßen, die die Aufhebung des Goldstandards mit sich brachte. Krämer habe geschlossen: „Wir Deutschen brauchen nicht Geld, sondern Bestellungen."

Der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter gestorben

Der erste Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Joseph Wiedeberg, ist im 59. Lebensjahre im Krankenhaus in Hermsdorf bei Berlin an den Folgen einer Lungenentzündung verstorben.

Wiedeberg wurde in einem niederschlesischen Dorf als Sohn armer Eltern geboren und kam im Alter von 16 Jahren als Maurerlehrling nach Berlin. Hier gründete er im Jahre 1899 den Christlichen Bauarbeiterverband, dessen erster Vorsitzender er bis zu seinem Tode gewesen ist. Wiedeberg war auch Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Die Not der Bauarbeiter, von denen heute neunzig Prozent arbeitslos sind, hatte ihn seelisch und körperlich so zerrüttet, daß er die hinzugetretene Krankheit nicht mehr zu überwinden vermochte.

Ein deutscher Schritt in Paris

Die „Agence Havas" läßt sich von ihrem Sonderberichterstatter melden, daß Ministerpräsident Herriot von einer deutschen Note in Kenntnis gesetzt wurde, die in seiner Abwesenheit am Quai d'Orsay eingegangen sei und die deutschen Forderungen über den Umbau der Reichswehr behandele. In der Meldung heißt es weiter, der französische Ministerpräsident habe es abgelehnt, eine Erklärung darüber abzugeben, ehe er nicht den Text der Note selbst kenne. Diese soll ihm erst Mittwoch abend nach Cherbourg übermittelt werden. Es verlautet, daß Herriot die Absicht habe, diese Angelegenheit im Kabinettsrat zur Sprache zu bringen.

*

Das Contibüro berichtet: Bei den ausländischen Meldungen, in denen von einem deutschen Schritt zur Herbeiführung des Rüstungsausgleiches die Rede ist, scheint es sich um Indiskretionen zu handeln. Die Tatsache als solche wird wohl richtig sein, dagegen läßt sich im Augenblick noch nichts Authentisches über die Einzelheiten des Schrittes feststellen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß von zuständiger deutscher Seite im Laufe des Donnerstags dazu Stellung genommen wird.

Der Prozeß Hitler-„Hamburger Echo"

Im Prozeß Hitler gegen das „Hamburger Echo" ist ein neuer Termin anberaumt worden. Das „Echo der Woche" (Hamburger Echo) hatte in einer Wahlsondermeldung Hitler mit Judas Ischariot verglichen, weil er das deutsche Volk verkauft habe und die Behauptung aufgestellt, Hitler habe von der internationalen Rüstungsindustrie Gelder bezogen. Gegen die Verbreitung dieser Angaben hatte Hitler eine einstweilige Verfügung erwirkt, gegen die wiederum das Echo Einspruch erhob. Am 4. August verkündete das Landgericht Hamburg einen Beschluß, daß dem Antragsgegner, also Hitler, auferlegt werde, glaubhaft darzulegen, daß er von der internationalen Rüstungsindustrie keine Gelder bezogen habe. Dieser Beschluß wurde von Hitler angefochten.

Das Landgericht Hamburg verkündete nunmehr folgende Entscheidung: 1. wird die einstweilige Verfügung aufrechterhalten, 2. wird der Beschluß vom 4. August aufgehoben und neuer Termin anberaumt, in dem nunmehr der Antragsteller, das Echo, seine Behauptung glaubhaft zu machen hat, daß Hitler von der internationalen Rüstungsindustrie Gelder bezogen habe.

Hungerstreikstimmung in norddeutschen Strafanstalten

In einigen norddeutschen Strafanstalten wird eine auffallende Hungerstreikstimmung festgestellt die allem Anschein nach auf kommunistische Propaganda zurückzuführen ist.

Aufdeckung von Effektenschiebungen in Hamburg

Der Hamburger Zollfahndungsstelle ist es, wie das „Hamburger Fremdenblatt" erfährt, gelungen, einer umfangreichen Effektenschiebung auf die Spur gekommen. Es handelt sich um einen Betrag von 200 000 RM., der in Effekten nach dem Auslande verschoben worden ist. Bisher wurden ein Hamburger Kaufmann, der nur eine Vermittlerrolle spielte, und ein Bankier verhaftet. Ein dritter Mitschuldiger, ebenfalls ein Bankier, ist nach dem Auslande geflüchtet. Der Kaufmann ist inzwischen wieder entlassen worden. Bei dem verhafteten Bankier, der bereits ein Geständnis abgelegt hat, handelt es sich um den Inhaber einer Devisenbank, dem auf Grund der entsprechenden Vorschriften besonderes Vertrauen eingeräumt worden war.

Aufklärung von Raubüberfällen

Die Polizei hat in Hamburg die Raubüberfälle im Kassenraum der „Wörmann-Linie" und auf den Bankverein für Schleswig-Holstein in Wandsbeck aufgeklärt. Die vier Täter sind geständig. Mehrere Personen wurden wegen Hehlerei festgenommen.

Erschossen

In der Feldmark von Auersbach (Saargebiet) fand man einen etwa 30jährigen Mann und eine Frau blutüberströmt. Die Frau hatte eine Schußwunde am Kopfe und war bereits tot, der schwer verletzte Mann gab im Krankenhaus an, die Bluttat begangen zu haben, weil sich der ehelichen Verbindung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellten. An dem Aufkommen des Mannes wird gezweifelt.

Der Knabenmord im Walde bei Finkenkrug

Das Verbrechen an dem 16jährigen Kurt Schöning, der am Sonntag, 21. August, im Walde bei Finkenkrug ermordet und grauenhaft verstümmelt gefunden wurde, scheint vor der Aufklärung zu stehen. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde ein 26jähriger Hotelpage, der in einem Betriebe im Zentrum Berlins angestellt ist, verhaftet. Nach hartnäckigem Leugnen wurde ihm nachgewiesen, daß er den Ermordeten kannte. Die Durchsuchung seiner Sachen ergab, daß er im Besitze zweier Rasiermesser war, die den Mordwerkzeugen völlig glichen. Eine Hose, die ihm auffallender Weise zu einem Knickerbockeranzug fehlte, wurde in Stücke geschnitten in einem Versteck aufgefunden. Sowohl an diesen Fetzen wie an einem Paar Strümpfe wurden Blutspuren festgestellt. Auch decken sich seine Schriftzüge völlig mit dem an der Mordstelle auf Packpapier vorgefundenen Wort „Page". Obwohl der Verhaftete für den Mordtag, an dem er dienstfrei war, kein Alibi beibringen konnte, stritt er hartnäckig die Täterschaft ab.

Nach einer späteren Meldung hat Busch das Geständnis abgelegt, den Schöning ermordet zu haben.

Unser

Total-Ausverkauf

in

Herren-, Knaben- und Mädchen-Konfektion, Berufskleidung, Herren-Hüten

das

Tagesgespräch des Berg. Landes!

Gewaltig war der Andrang. Mit Stumpf und Stiel wollen wir diese Läger räumen. Für einen Bruchteil des früheren Wertes verkaufen wir diese Waren. Wer noch nicht von dieser großen Kaufgelegenheit Gebrauch gemacht hat, muß sich **schnell dabeimachen.** Noch haben Sie die beste Gelegenheit hervorragende Qualitätswaren zu nie wiederkehrenden **Spottpreisen** zu kaufen, auch Sie sollen wie Tausende zufrieden unser Haus verlassen. **Wir erwarten Sie!**

Karstadt A. G. Lennep

Der 71. Katholikentag in Essen

Obwohl die 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken erst Donnerstag abend offiziell eröffnet wird, steht doch die Stadt schon heute unter dem starken Einfluß dieser größten Massenveranstaltung Deutschlands. Man spürt allenthalben eine festliche Stimmung, die ihren sinnfälligsten Ausdruck in dem

reichen Flaggen- und Fähnchenschmuck

findet, der in allen Stadtteilen Straßen und Häuser ziert. Hier und da sind die Wände mit Tannengrün bedeckt, von hohen Masten, von den Lichtleitungen, auf der Straßenbahn, überall grüßen Fahnen und Flaggen die Gäste, die aus allen Teilen des Reiches eingetroffen sind. Das eindrucksvolle Festabzeichen beherrscht das Straßenbild. Ein immerwährendes Kommen und Gehen erfüllt das Komiteebüro in der Börse, wo alle Ankommenden, unter denen sich namentlich viele Geistliche befinden, jede gewünschte Auskunft erhalten. Die Vermittlung der Hotel- und Privatquartiere geht reibungslos vonstatten. Die Gäste rühmen den gastfreundlichen Eifer, mit dem sie von den Essenern empfangen werden.

Mittwoch morgen gegen 10 Uhr versammelte sich

das Zentralkomitee

des Katholikentages im Kaiserhof. Neben anderem wurde ein kurzer Ueberblick über die nunmehr abgeschlossene gewaltige Organisationsarbeit gegeben und schon hier allen Helfern herzlicher Dank ausgesprochen. Nachmittags wurden die

Ausstellungen

des Bonifatiusvereins, der Petrus-Klaver-Sodalität für die afrikanischen Missionen und der Zentrale des Missionsvereins katholischer Frauen und Jungfrauen eröffnet.

Um 16 Uhr fanden große

Kinder- und Jugendkundgebungen

auf dem Burgplatz und auf dem Düppenberg im Stadtteil Borbeck statt, die beide sehr stark besucht waren. Auf dem Burgplatz stand die Jugend Kopf an Kopf, es dürften über 10 000 Teilnehmer gewesen sein. Die bunten Wimpel, Fahnen, Banner und Standarten boten ein prächtiges Schauspiel. Gesang umrahmte eine Ansprache, in der der christliche Glaube als das köstlichste und wertvollste Gut der Jugend gepriesen wurde. Zu gleicher Zeit hielten die Karitasjugend im Karitashaus und die Missionsvereine katholischer Frauen und Jungfrauen in der Kauvenhöhe Versammlungen ab.

Die Generalversammlung der katholischen Schulorganisation

wurde aus Anlaß des deutschen Katholikentages in Essen mit einer großen Kundgebung der katholischen Elternschaft verbunden.

Der erste Präsident der Organisation, **der frühere Reichskanzler Dr. Marx,** betonte in einer Ansprache mit Nachdruck die Forderung der katholischen Elternschaft: katholische Schulen für katholische Kinder, Erziehung der Jugend im Geiste christlich-katholischer Grundsätze. Er dankte der Lehrerschaft für ihre in diesem Sinne geleistete unermüdliche Arbeit und streifte kurz die Frage des Reichsschulgesetzes. Die katholische Schulorganisation sei nicht Schuld daran, daß es bisher nicht gelungen sei, das von den Katholiken gewünschte Reichsschulgesetz durchzubringen. Sie lehne es aber ab, aus der so wichtigen Schulfrage ein Objekt für politische Agitation und für Prestigebedürfnisse zu machen. Die christentumsfeindlichen Mächte setzten alles daran, vor allem die Erziehung der Jugend in die Hände zu bekommen, daneben bestünden andere Bewegungen, die dem Staat allein das Recht auf die Erziehung geben wollten. Vielleicht sei niemals die Gefahr des Staatsabsolutismus und des staatlichen Schulmonopols so groß gewesen wie in diesen Tagen. Darum heiße es doppelt wachsam sein. Unter starkem Beifall erklärte der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, daß die deutschen Katholiken sich an nationaler Gesinnung und Opferbereitschaft von niemanden übertreffen ließen.

Nach Gesängen der Kinder nahm **der Bischof von Osnabrück, Dr. Wilhelm Berning,** das Wort zu einem Vortrage über die Elternpflichten in der Erziehungsnot unserer Tage. In beredten Worten schilderte er die Schönheit und Reinheit der Kinderseele, wies darauf hin, daß die Kinder ein von Gott anvertrautes Pfand seien und kennzeichnete vom Standpunkt der katholischen Lehre aus die Pflichten der Eltern auf dem Felde der Erziehung, die heute in Zeiten schlimmster Not doppelt ernst genommen werden müßten. Warme Worte fand der Redner für die schweren wirtschaftlichen Sorgen, mit denen heute die meisten Eltern zu kämpfen haben und redete allen ins Gewissen, nach Kräften die Not in den Familien lindern zu helfen.

Ausbreitung des Textilarbeiterstreiks in England

Aus Manchester, 31. Aug., wird berichtet: Die Meldungen aus den Baumwollindustriestädten lassen eine fortschreitende Ausbreitung des Streiks in den Textilarbeiterbezirken von Lancashire erkennen.

17 Opfer eines Schiffszusammenstoßes in Japan

An der Küste der nordjapanischen Insel Hokkaido sind zwei japanische Dampfer zusammengestoßen. Der Dampfer „Kumia Maru" sank innerhalb weniger Minuten. 17 Mitglieder der Besatzung ertranken, sieben wurden gerettet.

Kriegsgefangene in der Fremdenlegion?

Eine Berliner Morgenzeitung beschäftigt sich wieder damit, daß Kriegsgefangene in der französischen Fremdenlegion seien und kommt dabei auf den Fall des Fremdenlegionärs von Eynatten zu sprechen. Wie das Contibüro zu dieser Angelegenheit von unterrichteter Seite erfährt, ist die Darstellung, als ob der Fremdenlegionär von Eynatten Kriegsgefangener gewesen sei, nicht richtig; von Eynatten hat den Krieg mit gemacht, ist dann aber nach der Heimat zurückgekehrt und hat Medizin studiert. Danach ist er in die Gefahr gekommen, wegen eines Deliktes gegen den § 218 bestraft zu werden und ist dann in die Fremdenlegion gegangen. Wenn das betreffende Blatt hinzufügt, daß der Fall Eynatten in Widerspruch mit der Erklärung des französischen Kolonialministeriums stehe, wonach keine Kriegsgefangenen in der Fremdenlegion sich befänden, so ist dazu zu sagen, daß von keinem französischen Ministerium eine solche Erklärung jemals abgegeben worden ist.

Kommunistische Propaganda unter der Polizei in Bautzen

In Bautzen sind in den letzten Tagen sieben Personen unter dem Verdacht, zersetzende Schriften an Polizeibeamte verteilt zu haben, verhaftet worden. Sie gehören sämtlich der KPD. an. Unter ihnen befindet sich ein Stadtverordneter. Ein Verhafteter ist geständig.

Baden beschränkt Volksabstimmungen auf die wichtigsten verfassungsändernden Gesetze

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Das Staatsministerium hat eine dritte Haushaltsnotverordnung erlassen, wodurch die Vornahme der Volksabstimmung auf die wichtigsten Aenderungen der Verfassung beschränkt wird. Bisher war die Volksabstimmung für alle Verfassungsänderungen vorgesehen.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied heute gegen 20 Uhr mein lieber Gatte, mein treusorgender Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Schmiedemeister

Karl August Schultes

im Alter von 63 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Frau Karl August Schultes
Helene geb. Jakobs
Karl Schultes

Burscheid, den 30. August 1932.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 3. September, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Höhestraße 18 aus.



Wir kommen wieder

mit Gefolge
in alter Frische
mit neuer Ernte!

Schöne

2- bis 3-Zimmer-Wohnung

1. Etg., Neubau, f. 19 bis 26 RM, zu vermieten. Näh. i. d. Geschäftsst. dsr. Ztg.



Wie man sein Hühneraug' entfernt?
Mit „Lebewohl" wird es entkernt.
Hühneraugen-Lebewohl Blechd. (8 Pflaster) 68 Pfg. in Apotheken und Drogerien Sicher zu haben: L. Becker, Colonia-Drogerie, Hauptstraße 29. Central-Drogerie Alb. Lonnoy.

Bekanntmachung

In Ausführung des Erlasses des Herrn Preußischen Ministers des Innern vom 12. 8 1932 — II C I 122 Nr. 33 — betr. Bekämpfung des politischen Terrors, hat der Herr Regierungspräsident in Düsseldorf zur Unterstützung der Mordkommissionen bei den Landes-Kriminal-Polizeistellen für die Landkreise Rhein-Wupper-Kreis und Düsseldorf-Mettmann **ab 1. 9. d. Js. eine Hilfsmordkommission mit dem Sitz in Opladen** gebildet. Die Kommission ist vom genannten Tage ab im Gebäude des Landratsamtes in Opladen, Zimmer 33, untergebracht und ist jeder Zeit unter **Fernsprechnummer 620, Amt Opladen,** zu erreichen.

Opladen, den 30. August 1932.

Der Landrat: Trimborn.

Gewinnauszug
5. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

20. Ziehungstag — 31. August 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 284306
8 Gewinne zu 10000 M. 15159 35473 85288 114150
4 Gewinne zu 5000 M. 230539 369815
10 Gewinne zu 3000 M. 242093 300546 320737 329845 357666
56 Gewinne zu 2000 M. 12100 26301 29410 63321 92111 105835 109062 122114 124092 128214 134330 148236 190281 208029 227510 229062 239265 241742 241775 242644 253268 277492 293735 297885 298327 329182 366671 382320
90 Gewinne zu 1000 M. 52987 57027 59502 76473 86453 101443 107859 108745 113441 127067 136926 139533 143369 150213 156724 167879 200331 202023 202278 208719 209960 214170 222180 224491 224807 232550 235078 251172 266661 272431 274452 281967 283834 284046 293916 294488 298254 316951 334030 337935 352444 357403 378595 381842 399740
172 Gewinne zu 500 M. 10112 10409 10453 15888 20234 21686 30956 31863 47108 48868 49556 50421 61203 79033 90474 95417 105953 112126 112211 115854 119022 129661 130012 131324 144696 145349 145515 146468 148724 150962 152805 154918 158410 161038 172662 172726 176015 182626 184237 184488 193445 195315 200554 205629 208020 211578 220448 220578 221870 237335 245010 248087 250380 252870 254393 255982 256670 260331 260437 266565 273366 274167 277953 278065 281203 284133 286321 288871 290046 292579 300836 306000 308592 315022 317377 320816 324795 332300 332675 340731 344351 363871 385340 386190 393735 397866

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 51417
6 Gewinne zu 10000 M. 72996 275599 332832
14 Gewinne zu 5000 M. 140868 225561 264178 275352 284453 322872 389435
12 Gewinne zu 3000 M. 36564 38028 102338 249261 364050 382278
40 Gewinne zu 2000 M. 4862 96298 103445 115268 121933 124121 138267 144819 156100 157183 162180 172321 195150 201879 268005 284103 319618 350327 372223 397835
90 Gewinne zu 1000 M. 28525 41070 54060 59649 63379 67904 89693 112813 114271 117930 119029 122088 138574 147279 161183 181764 182942 201667 203169 213521 219822 222293 222954 224566 226758 232234 237750 253587 261038 261766 263891 269839 269880 273405 281572 294478 295724 302396 309709 334273 363282 374551 380513 385563 399984
118 Gewinne zu 500 M. 4031 24638 26436 43804 45774 49171 51292 62044 105198 109746 118900 123451 127361 129322 130066 130155 143450 143460 150637 169310 176301 179202 181511 190195 194746 205258 213997 217584 234780 235162 239287 246440 254260 255392 262078 266877 271476 271594 272158 276137 276902 283684 285070 290169 290906 295634 297013 308264 315848 331175 332795 338219 342693 349171 360111 370426 373910 380282 387191

Burscheider Schützenverein e. V.

Am Dienstag starb nach kurzem schwerem Leiden unser treuer Kamerad und langjähriger Offizier

Karl Aug. Schultes

Er hat über 40 Jahre lang in Treue der deutschen Schützensache gedient und wird sein Andenken bei uns weiterleben.

Der Vorstand.

Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich an der am Samstag, den 3. September, nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Beerdigung zu beteiligen.

Antreten 2.30 Uhr bei Schmitz, Höhestraße.

Burscheider Krieger-Verein

Zur großen Armee abberufen wurde unser lieber treuer Kamerad

Karl Aug. Schultes

im Alter von 63 Jahren.

Wir werden dem Entschlafenen ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

I. A.: **Der Vorstand.**

Antreten der Mitglieder behufs Teilnahme an der Beerdigung am Samstag, den 3. September, nachm. 2.30 Uhr, im Vereinslokale und ist es Ehrenpflicht aller Kameraden zu erscheinen — Mütze, Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 205 — 2. Blatt — Donnerstag, 1. September 1932

September

Durch liebe, helle Spätsommertage fallen vom Baum die ersten gelben Blätter. Sep-tem-ber Ein klein wenig Wehmut will durch die Seele ziehen, wenn man des kurzen Hochsommers denkt. Will sich die Natur schon wieder zurechtmachen zum langen Winterschlaf — will sie uns schon wieder allein lassen mit dem Gedanken an das Vergab? September — es spricht sich schwerer als die beinahe jubelnden Worte: Mai, Juni, Juli; es klingt wie ein leises Mahnen. Der Hochsommer, auch des Lebens, verrinnt; nimm die wärmenden Sonnenstrahlen, die du noch findest und öffne das Herzenstürlein der Freude und dem heiligen Lichte . . .

Wie um den Menschen noch einmal ihre ganze Liebe zu zeigen, scheint die Sonne in klar-frische Tage hinein und der Wind erlaubt sich Scherze, indem er den Spaziergängern seine weißen Spinnwebefäden anhängt, die man im Volksmunde „Altweibersommer" nennt . . . .

In den Gärten hat ein anderes Blühen begonnen: Georginen, Astern in allen Farben und stolze Chrysanthemen sehen mit ihren Sternengesichtern in die Welt. Das Obst und der Wein gehen der letzten Reife entgegen und erhoffen von der Septembersonne die Vollkraft süßen Saftes. Sind auch die Felder leer von dem wogenden Getreide, so weht doch ein frischer Wind darüber, der das Wandern auf der Landstraße leicht und fröhlich macht. Kein anderer Monat eignet sich für Fußtouren so, wie der September. Mögen andere im Auto oder auf dem Motorrad in schwindelnder Eile an den herrlichen Naturbildern vorbeisausen, und den aufgewirbelten Staub schlucken, wer über gute Beine verfügt und einen guten Wanderstock, der gehe zu Fuß. Die Natur ist dankbar und gibt dem unendlich viel, der sie versteht.

Sept, aber — der erste Monat mit dem Dreiklang der Silben, der erste, der bergab führt im Jahreslauf. . . . . Kluge Menschen heimsen in dieser Zeit noch vieles für den Winter ein; sie holen sich noch Waldesluft, blühende Herbstschönheit und lachenden Sonnenschein!

Prüfung der Hilfsbedürftigkeit

Der Deutsche Reichsanzeiger enthält einen Erlaß des Reichsarbeitsministers, in dem die Bestimmungen über das Zusammenwirken der Gemeinden und Gemeindeverbände mit den Arbeitsämtern bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit vom 1. September an getroffen werden.

Der Erlaß gründet sich nach der „Preußischen Gem.-Ztg." auf die Notverordnung vom 14. Juni 1932 und auf den Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 17. Juni. Für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit soll die Gemeinde zuständig sein, die den Gemeindeanteil zur Krisenfürsorge zu erstatten hat oder zu erstatten hätte, wenn es sich um einen Fall der Krisenfürsorge handeln würde. Wenn ein Arbeitsloser die versicherungsmäßige Arbeitsunterstützung wünscht, so hat er — Hilfsbedürftigkeit vorausgesetzt — folgendermaßen zu verfahren:

Er hat einen entsprechenden Antrag in zwei Stücken auszufüllen. Der Antrag muß alle Angaben enthalten, die für die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit wichtig sind. Das Arbeitsamt prüft sämtliche Voraussetzungen mit Ausnahme der Hilfsbedürftigkeit. Solche Voraussetzungen sind in erster Linie Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit. Das Arbeitsamt sendet dann den Antrag an die Gemeinde und ersucht um ein Gutachten über die Hilfsbedürftigkeit des Antragstellers.

Wird der Antrag abgelehnt, weil keine Hilfsbedürftigkeit vorliegt, so erteilt das Arbeitsamt einen mit einer Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid, in dem auch die Gründe für die Ablehnung anzugeben sind. Ein Hinweis darauf, inwieweit die Ablehnung auf ein Gutachten der Gemeinde zurückgeht, soll in den Bescheid nicht aufgenommen werden. Durch Aufnahme dieser Bestimmungen ist den Anträgen des Preußischen Landgemeindetages West entsprochen.

In der Krisenfürsorge hat das Arbeitsamt dem Arbeitslosen spätestens vier Wochen vor der Aussteuerung Gelegenheit zu bieten, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Lautet der Antrag des Arbeitslosen auf Krisenunterstützung anders als der Antrag auf Rentenzahlung in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, so hat das Arbeitsamt die Gemeinde unter Beifügung von zwei Vordrucken für das Gutachten auf diesen Tatbestand aufmerksam zu machen. Die Gemeinde hat innerhalb von drei Wochen ein neues Gutachten zu erstatten.

Der Vorsitzende und der Spruchausschuß des Arbeitsamts dürfen die Hilfsbedürftigkeit eines Antragstellers nur insoweit anerkennen, als sie von der Gemeinde anerkannt wird. Treten in den Verhältnissen des Arbeitslosen Veränderungen ein, so hat der Vorsitzende des Arbeitsamtes ein neues gemeindliches Gutachten einzufordern. Die Gemeinde hat ihrerseits unaufgefordert ein neues Gutachten zu erstatten, wenn sich nach ihren Feststellungen etwas an der Hilfsbedürftigkeit des Unterstützten geändert hat. In dem Erlaß heißt es weiter, daß eine mündliche Erörterung der Unterstützungsanträge zwischen Gemeinde und Arbeitsamt stattfinden kann, wenn es der Fall zuläßt. Das vereinfachte Verfahren wird besonders in mittleren und kleineren Gemeinden angewandt werden können. In einem etwaigen ablehnenden Bescheid des Arbeitsamts an den Antragsteller soll ein Hinweis darauf, ob und inwieweit ein Gutachten der Gemeinde für die Ablehnung maßgebend war, vermieden werden.

Jeder 4. Kreisbewohner unterstützt

Der Kreisausschuß des Rhein-Wupper-Kreises trat nach zweimonatiger Pause unter Vorsitz von Landrat Trimborn zu einer Sitzung zusammen, um zu einer Reihe kreiskommunaler Angelegenheiten Stellung zu nehmen.

Zunächst wurden eine Anzahl Einsprüche gegen die Heranziehung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Angehöriger entschieden und die entsprechenden Verpflichtungen ausgesprochen.

Die Umlage des Amtes Dabringhausen und der Gemeinden Dabringhausen und Dhünn wurden für das Rechnungsjahr 1932 nach den Vorschlägen der Gemeindevertretungen und der Amtsvertretung genehmigt.

Die Aenderung der Lustbarkeitssteuerordnung des Amtes Richrath-Reusrath, die eine kleine Senkung der Steuersätze vorsieht, fand Zustimmung, nachdem der Herr Regierungspräsident bereits vorher seine Genehmigung zu der Aenderung erteilt hatte.

Die Vergütung für die Führung der Kassengeschäfte für die Jagdgenossenschaften setzte der Kreisausschuß einheitlich auf 6 Prozent fest, lediglich für die Stadt Leverkusen und das Amt Witzhelden wird die Vergütung für das laufende Jahr auf 8 Prozent festgesetzt.

Gegen die Pensionierung einer Hauswirtschaftslehrerin hat der Kreisausschuß keine Bedenken.

Ein Antrag, die Differenzierung der Richtsätze, die bekanntlich vor einigen Monaten vom Kreisausschuß beschlossen wurde, zu ändern, wurde vom Kreisausschuß abgelehnt.

Nachdem der Kreisausschuß dann noch eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt hatte, gab Landrat Trimborn eine Uebersicht über die gegenwärtige finanzielle Lage des Kreises, die klar erkennen ließ, daß die Notverordnungsmaßnahme der Reichsregierung leider dem Bezirksfürsorgeverband nicht die gewünschte finanzielle Entlastung gebracht hat. Besonders empfindlich wirke sich, so betonte der Landrat, die Tatsache aus, daß bei den kreiseigenen Steuern die Einnahmen nach der Schätzung der fünf ersten Monate des Haushaltsjahres längst nicht die im Haushaltsplan vorgesehenen Ansätze erreichen. Auch die bei der Aufstellung des Haushaltsplans erwarteten Staatsbeihilfen seien bisher längst nicht in dem Maße verwirklicht worden, wie man hätte erwarten dürfen. Hinzukomme eine höhere Ausgabenschätzung durch die oben erwähnten neuen Belastungen. So werde die Ausgabenschätzung des Haushaltsplans des Wohlfahrtsamtes erhöht durch einen Mehraufwand aufgrund unvorhergesehener Zunahme der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen um 390 000 Mark. Der Mehraufwand infolge Ausfall der Hauszinssteuerstundungen und Niederschlagungen betrage rund 40 000 Mark und der Mehraufwand in der Sozialrentnerfürsorge infolge Kürzung der Rente durch die Notverordnung vom 16. Juni 51 000 Mark. Endlich belaste die Kürzung der Bezüge in Alu und Kru den Kreis mit 188 000 Mark Mehrausgaben, während die Uebernahme von 70 Prozent des Krisenfünftels den Kreis zu einer Mehrausgabe von 287 000 Mark zwinge. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang noch die Erwerbslosenzahlen im Kreise. Nach den Mitteilungen des Landrats waren bei den beiden Arbeitsämtern Opladen und Remscheid am 31. Juli 1932 aus dem Rhein-Wupper-Kreis 5481 Parteien mit 12 058 Personen in laufender Unterstützung, während bei den Gemeinden 10 991 Parteien mit 24 229 Personen Unterstützung bezogen. Das sind insgesamt über 36 000 Personen, die im Rhein-Wupper-Kreis von öffentlicher Unterstützung leben müssen, sodaß jeder vierte Kreiseinwohner aus öffentlichen Mitteln gegenwärtig unterstützt wird. Da damit zu rechnen ist, daß die Entlastung der Reichsanstalt sich weiter fortsetzt, wird die Zahl derjenigen Erwerbslosen, die der Wohlfahrtsunterstützung zur Last fallen, sich in den kommenden Wochen und Monaten noch automatisch vergrößern, sodaß erneut durch diese Entwicklung bewiesen wird, wie berechtigt die Forderung der Industrielandkreise und der Großstädte nach einer grundsätzlich neuen Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist.

Hauszinssteuer und Mietbeihilfe

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

So richtig auch die prinzipiellen Erwägungen waren, die zu der Umstellung des seitherigen Systems der Steuerstundung nach § 9 der Hauszinssteuerverordnung für hilfsbedürftige Mieter auf das System der Mietbeihilfen in der preußischen Notverordnung vom 8. Juni d. J. geführt haben, so haben sich doch inzwischen so schwere Bedenken gegen die praktische Durchführbarkeit des neuen Systems ergeben, daß es geboten erscheint, zu dem System der Hauszinssteuerstundung — allerdings in wesentlich veränderter Form — zurückzukehren.

Vor allem hat sich gezeigt, daß es nicht möglich ist, das finanzielle Risiko der Mietbeihilfen der Gemeinden (als Fürsorgeverbänden) aufzuerlegen. Die Entwicklung seit der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 273) hat die erwartete Entlastung der Gemeinden nicht gebracht. Dazu kommt die Verschärfung der sozialen Auswirkung der Neuregelung durch ihr verhängnisvolles Zusammentreffen mit der kurz darauf durch die vorgenannte Reichsnotverordnung angeordneten Senkung der Renten und Unterstützungen.

Erscheint es demnach geboten, zu dem System der Hauszinssteuerstundung zurückzukehren, so kann dies jedenfalls nicht in der alten Form wieder in Kraft treten. Die Steuerstundung darf sich nicht mehr nach dem schematischen Existenzminimum von 1200 RM richten, das zudem sich bei der Verschiedenheit der Kaufkraft in Stadt und Land, im Westen und Osten ganz verschieden auswirkte, sondern sie muß auf den fürsorgerischen individuell auszulegenden Begriff der Hilfsbedürftigkeit abgestellt werden. Steuerstundungen sollen demnach nur gewährt werden: „bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen, a wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in der Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte;

b soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten;

c soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Miete entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist".

Mit dieser Neuregelung wird der organisatorische Erfolg erreicht, daß die Prüfung dieser Mieterleichterungen ebenso wie die übrige fürsorgerische Prüfung in die Hände der Fürsorgebehörden gelegt ist, während nach dem alten schematischen Steuerstundungsverfahren die Prüfung und Entscheidung den Steuerbehörden oblag. Insofern sind auch die auf Grund der Zwischenregelung von den Fürsorgebehörden bereits geleisteten Vorarbeiten nicht unnötig gewesen, sondern sie werden die Grundlage für die nunmehr zu erteilenden Bescheinigungen bilden. Bei der Neuregelung ist es auch nach wie vor für das Ausmaß der Hilfe, die einem Mieter zu gewähren ist, unerheblich, ob er in hoch oder niedrig belasteten Altbauten oder in Neubauten wohnt. Bei gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen ist in jedem Falle die gleiche finanzielle Hilfe zu leisten, nur wird sie bei Mietern in Altwohnungen teilweise nicht in bar, sondern durch Mietnachlaß gewährt und geht nicht restlos zu Lasten der Fürsorgeverbände.

Der Ausweg des § 9 Abs. 2 Ziff. 1c, wonach die Steuer dem Hauseigentümer zu stunden war, „wenn die Einziehung der entsprechenden Mietbeträge dem Eigentümer nach Lage der Sache nicht möglich oder mit Schwierigkeiten verbunden ist, die dem Eigentümer nach den Umständen nicht zugemutet werden kann", kann zwar nicht völlig beseitigt werden. Es gilt, einen Mittelweg zu finden, zwischen dieser zu weit gehenden Fassung und der als zu scharf empfundenen Regelung des Erlasses vom 24. Juni 1932, nach welchem dem Hauseigentümer in allen Fällen die Durchführung der gerichtlichen Zwangsmaßnahme zugemutet werden sollte. Die neue Bestimmung, wonach die Steuer zu stunden ist, „wenn die Einziehung einer angemessenen Miete dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist", läßt es offen, inwieweit dem Hauseigentümer eine Zahlungs- oder gar eine Exmissionsklage zugemutet werden soll. Es wird Sache der Ausführungsbestimmungen sein, hier den Mittelweg zu finden, der einerseits dem Hauseigentümer nicht unnötigerweise gerichtliche Zwangsmaßnahmen zumutet und damit eine Ueberbelastung der Gerichtsbehörden und die aus einer Häufung von Zwangsexmissionen zu befürchtenden schweren Unruhen in der Bevölkerung vermeidet, andererseits aber auch einem „Akkord" des Hauseigentümers mit dem Mieter zu Ungunsten des Steuerertrages vorbeugt.

Da die Umstellung des früheren Steuerstundungsverfahrens auf das Mietbeihilfesystem bisher nur im sehr geringen Umfange erfolgt ist, erscheint es angebracht, das neue Stundungsverfahren unmittelbar an das alte anzuschließen. Dementsprechend ist in der demnächst erscheinenden Verordnung die Rückwirkung der Neuregelung vom 1. Juli 1932 ab vorgesehen. Soweit eine Zahlung von Mietbeihilfen bereits erfolgt ist, ist eine individuelle Erstattung der der Steuer hierdurch zugeflossenen Beträge an die Fürsorgeverbände vorgesehen.

Da hiernach die Fürsorgebehörden erhöhte Un-

Gedanken zur Herbstbestellung

Die Senkung der Produktionskosten als wichtigste Selbsthilfemaßnahme des Landwirts ist in der heutigen Zeit nach wie vor eine Frage von ganz besonderer Bedeutung. Wenn schon vor dem Kriege die Verwendung von Stickstoffdüngemitteln im Halmfruchtbau eine befriedigende Rente abgeworfen hat, so ist die Wirtschaftlichkeit der Stickstoffdüngung bei dem heutigen Verhältnis von Getreide- zu Stickstoffpreisen unter allen Umständen gesichert. Bekanntlich haben sich ja die Getreidepreise auf der Vorkriegshöhe gehalten, während die Preise für Stickstoffdüngemittel seit dieser Zeit um etwa 45 Prozent gesunken sind. So wird die Tatsache verständlich, daß sich die Stickstoffdüngemittel zurzeit von allen Produktionsmitteln am höchsten verzinsen.

Unter Berücksichtigung seines hohen Gehaltes von ca. 65 Prozent schnellwirkendem Kalk (CaO) ist der Kalkstickstoff als der billigste zurzeit auf dem Markt befindliche Stickstoffdünger anzusprechen. Kalkstickstoff hat sich für die Herbstdüngung bestens bewährt, da er der Auswaschung nicht unterliegt. Er kräftigt die Kulturen, erhöht damit ihre Winterfestigkeit und stellt den Pflanzen bereits bei Erwachen der Vegetation im Frühjahr den für ein freudiges Wachstum erforderlichen Stickstoff zur Verfügung. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem die Felder ohne Schaden zur Ausführung einer Frühjahrsdüngung vielfach noch nicht betreten werden können. Hierdurch wird eine harmonische Entwicklung der Kulturen gewährleistet, die sich in der Verminderung der Lagergefahr und Verbesserung der Qualität äußert. Man verabfolgt zur Düngung der Herbstsaaten den Kalkstickstoff ca. 8 Tage vor der Saat.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die lästigen Unkräuter des Wintergetreides wie Windhalm, Kornblume, Vogelmiere, Kornrade, Klatschmohn u. a. m. durch eine Herbstkopfdüngung mit Kalkstickstoff vernichtet werden können, ohne daß die Stickstoffwirkung dadurch beeinträchtigt wird. Man bringt zu diesem Zwecke 150—200 kg. ungeölten Kalkstickstoff/ha 3—7 Wochen nach dem Auflaufen der Wintersaaten auf die trockenen Kulturen aus.

Die gleichzeitige Verwendung des Kalkstickstoffs als Unkrautbekämpfungs- und Düngemittel ermöglicht die Durchführung zweier Betriebsmaßnahmen in einem Arbeitsgang und damit eine erhebliche Senkung der Produktionskosten.

Reiche Brombeerernte

Im Gegensatz zu den letzten Jahren gibt es in diesem Jahr in der hiesigen Gegend sehr viele Brombeeren. Durch das warme Wetter sind die Früchte gut entwickelt und beginnen sich zu färben. Schon jetzt sieht man fleißige Beerensammler, meist Arbeitslose, die sich durch den Verkauf der Beeren eine kleine Einnahme verschaffen.

terstützungen für September nicht mehr zahlen werden, können die bedürftigen Mieter, zu deren Gunsten im Juni bereits Hauszinssteuererleichterungen gewährt waren, die Septembermiete um entsprechende Beträge kürzen. Haben jedoch die Fürsorgebehörden bereits eine Entscheidung getroffen, so bleibt diese auch für die Steuerstundung maßgebend. Den Hauseigentümern ist insoweit bei der Zahlung der Hauszinssteuer am 15. September nötigenfalls durch Stundung entgegenzukommen.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der KOG

Je 100 Pfund: Frühkartoffeln: a) Erstlinge 1,70—2,60 Mk.; b) Julinieren 2,60—3,20; Spätkartoffeln 2,50; Sommerspinat 1,40—4; Wirsing (grün) 1,80—5; Rotkohl 1,70—3,60; Weißkohl 1,50—1,80; Strauchbohnen 2,70—10,20; Stangenbohnen 11,80—15; Prinzeßbohnen 13,40—16,50; Wollbohnen 7,80—10,20; Rote Möhren 2,40—3,60; Tomaten: a b c: 2,90—5. Je 100 Stück: Essiggurken a b, Salzgurken c d: 0,36—0,50; Salatgurken e 1,60—2,70. Je 100 Pfund: Birnen 1. Sorte 8,90—16,70; Aepfel 1. Sorte 6,10—7,90; Pflaumen 11,30—17; Pfirsiche 24. Je 100 Stück: Sellerie 1. Sorte 4—7,60; Porree 1. Sorte 0,80—1,40; Porree 2. Sorte 0,30; Kopfsalat 2,40—6,30; Endivien 1. Sorte 2,40—6,70; Kohlrabie blau 1. Sorte 0,50—2,90. Anfuhr mittel, Nachfrage gut.
Nächste Versteigerung: Freitag.

Neue Kennzeichen für Motorräder

Für einspurige Kraftfahrzeuge ist nach der neuen KVO nun auch ein hinteres Kennzeichen vorgesehen, das bei Dunkelheit oder starkem Nebel ausreichend beleuchtet sein muß. Diese Vorschriften gelten für alle Motorräder, auch für steuerfreie. Nur die mit Tretkurbel ausgerüsteten Kleinkrafträder, deren Motor nicht mehr als 75 Kubikzentimeter Inhalt hat, deren Gewicht 38 Kilogramm und deren Geschwindigkeit 30 Kilometerstunden nicht übersteigt, können an Stelle des hinteren das vordere Kennzeichen beleuchten. Die vorderen Enden des vorderen Kennzeichens müssen abgerundet sein. Die vorderen Kennzeichen dürfen jetzt sich der Kotflügelrundung anpassen. Größe der Schilder und Zahlenabstand sind genau nach Millimeter vorgeschrieben. Es empfiehlt sich, sich nach diesen Maßangaben zu richten, da sonst die Abnahme in Frage gestellt sein kann.

Bis zum 1. Juli 1933 spätestens müssen alle Krafträder diese neuen Schilder haben. Die alten vorderen Kennzeichen werden zwar auch über diesen Termin hinaus noch gestattet. Die Abstempelung des neu anzubringenden hinteren Kennzeichens ist gebührenfrei. Auch werden die neuen Bestimmungen noch ziemlich loyal gehandhabt, und es ist vorgekommen, daß auch neu zuzulassende Maschinen mit Kennzeichen nach der alten Form noch abgestempelt wurden. Dagegen sind für den internationalen Verkehr nur die neuen Schilder zugelassen.

Kleinviehdiebe vor dem Einzelrichter

Aus der Untersuchungshaft wurden dem Opladener Einzelrichter zwei Männer vorgeführt. Die Anklage warf ihnen vor, gemeinschaftlich in der Burscheider Gegend nachts Hühner und Kaninchen entwendet zu haben.

Bei der Vernehmung legte der ältere Angeklagte ein umfassendes Geständnis ab. Irgendwann und irgendwo will er einen Einwohner aus Dünnwald kennen gelernt haben. Just an einem Sonntagmorgen war's, als er ihn in der Nähe des Altenberger Domes wiedersah. Und beide vereinbarten, gemeinsam ein Ding zu drehen. Also kam der Dünnwalder eines Abends zu der vereinbarten Stelle, von wo aus sie ihren Diebeszug antreten wollten. Der Angeklagte hatte jedoch kein Fahrrad bei sich, was dem anderen nicht paßte. Wohl des schnelleren Fortkommens wegen, zogen sich beide zurück zur Wohnung des Angeklagten und machten sich wieder auf den Weg, beide nun mit einem Fahrrad versehen. Vor einem Anwesen wurde Halt gemacht, der Dünnwalder machte sich daran, eine Scheunentür aufzubrechen, um an einen Kaninchenstall zu gelangen, der in der Scheune seinen Platz hatte. Als er seine „Hasen" hatte, wollte er auch in einem Nachbarhaus noch gleich verschiedene Hühner mitnehmen. Das wiederum paßte dem anderen nicht, er wollte da nicht mehr mit machen. Schließlich ließ er sich aber doch überreden und half seinem Komplizen auch noch, die Hühner in die dafür mitgebrachten Säcke verschwinden zu lassen. Dann machte man sich auf den Rückweg und wurde geschnappt. Die Polizei hatte von den Diebstählen gehört und hatte den beiden nachgesetzt. „Am Eichenplätzchen" wurden sie überrascht. Das heißt, gefaßt werden konnte nur noch der heutige Angeklagte, von dem anderen wurde nur noch das Fahrrad vorgefunden, während er selbst verschwunden war. Soweit die Schilderung des älteren Angeklagten.

Da war aber schließlich festgestellt worden, daß das Rad dem Nachbarn des Angeklagten gehörte, der gestern auch angeklagt war. Was lag also näher, daß man den Angaben des ersten Angeklagten bezüglich des Mittäters keinen Glauben schenkte, zumal der Name, den er bei der Festnahme angegeben hatte, in ganz Dünnwald nicht bekannt war? Man kam daher auf den Gedanken, daß der Besitzer des Rades auch der Mittäter sei. Dieser Verdacht verstärkte sich auch noch, als man bei einer späteren Haussuchung in der Regentonne des jüngeren Angeklagten — eben des der Mittäterschaft Verdächtigen — verschiedene Kleidungsstücke fand. Als er dann gestern vom Gericht vernommen wurde, meinte er, daß sein Rad von dem Dünnwalder gestohlen worden sein müsse und im übrigen hätte er die Kleider selbst in die Regentonne geworfen, weil sie aufweichen sollten, nachdem sie bei Feldarbeiten ziemlich beschmutzt worden seien.

Trotz eingehender Beweisaufnahme konnte das Gericht dem jüngeren Angeklagten seine Aussagen nicht widerlegen und so mußte er mangels Beweises freigesprochen werden. Der ältere Täter dagegen wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, wobei ihm noch mildernde Umstände zugebilligt wurden, da er in einer gewissen Notlage gehandelt hat. Die Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet, der Haftbefehl blieb bestehen, während der Haftbefehl gegen den mangels Beweises Freigesprochenen aufgehoben werden mußte. Das Rätsel um den Dünnwalder aber blieb . . .

Aus der Heimat

Die Obsternte im Bergischen

Die diesjährige Stein- und Kernobsternte wird hier nicht besonders gut ausfallen. Schon die Beerenernte war nicht so reichlich wie die vorjährige, wenn auch die Kirschenernte in qualitativer Hinsicht zwar gut, mengenmäßig aber nicht ganz zufriedenstellend war. Unser Obst hatte in diesem Jahr während der Blütezeit vielfach unter der naßkalten Witterung zu leiden. Dann kam noch die Dürre und Trockenheit während des Fruchtansatzes, so daß besonders die Aepfel vorzeitig abfielen. Daher sind die Aussichten der Obsternte für dieses Jahr so, daß meistens nur mit einer geringen Mittelernte gerechnet werden kann.

Zum halben Fahrpreis von Köln nach Adenau

Am Sonntag, den 4. September, fährt wegen des Nürburgrennens ein Sonderzug mit 2. und 3. Klasse von Köln nach Adenau in folgendem Fahrplan: Köln-Hbf. ab 7,17 Uhr, Köln-Süd ab 7,25 Uhr, an Adenau 9,26 Uhr. Ab Adenau 17,53 Uhr, an Köln-Süd 19,54 Uhr, an Köln-Hbf. 20,03 Uhr. Für den Sonderzug werden Sonderrückfahrkarten mit einer Fahrpreisermäßigung von 50 v. H. ausgegeben, die nur Gültigkeit für den Sonderzug haben. Sie können schon am 3. September gelöst werden. Fahrpreis 3. Klasse Köln-Hbf.—Adenau und zurück beträgt im Sonderzug 4 Mark.

Fahrpreisermäßigung für Besucher der Kölner Messen

Wie die Reichsbahndirektion Köln mitteilte, hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft Berlin dem Antrag der Kölner Messeleitung entsprochen, wonach den inländischen Besuchern der Kölner Herbstmesseveranstaltung (Herbstmesse für Haus- und Küchenbedarf 18. bis 20. September, Westdeutsche Gastwirts- und Hotelfach-Messe 17. bis 25. September) in einem Umkreis von 200 Klm. zum ersten Male eine Fahrpreisermäßigung um 33⅓ Prozent gewährt wird. Gegen Vorzeigung des amtlichen Messeausweises erhalten die Messebesucher Sonntagsrückfahrkarten.

Sonntagsfahrkarten aus besonderen Anlässen

Vom 4.—6. September findet in Bad Oeynhausen ein Verbandstag des deutschen Wäscherei-Verbandes statt. Die Geltungsdauer der nach Bad Oeynhausen aufliegenden Sonntagsrückfahrkarten wird für die Teilnehmer an dieser Tagung auf die Zeit vom 3. September 12 Uhr bis 5. September 24 Uhr verlängert. Außerdem werden im Umkreise von 200 km um Bad Oeynhausen von allen Bahnhöfen Blanko-Sonntagsrückfahrkarten mit der gleichen Geltungsdauer an die Teilnehmer, die sich durch Mitgliedskarte auszuweisen haben, ausgegeben.

Niederschlagung oder Erlaß

Unter bestimmten Voraussetzungen wird die preußische Grundvermögenssteuer niedergeschlagen oder erlassen. Worin besteht der Unterschied?

Die Niederschlagung bedeutet nicht den Verzicht des Steuergläubigers auf die Steuerforderung, die Niederschlagungsverfügung ist nur eine Anweisung an die Steuerkasse, den vorhandenen Steuerrückstand nicht einzuziehen. Es ist zulässig, daß der niedergeschlagene Betrag später von der Steuerbehörde wieder zum Soll gestellt und eingezogen wird. Allerdings ist dieser Fall sehr selten. Es können nur Steuerrückstände niedergeschlagen werden, nicht aber können bereits gezahlte Steuern erstattet werden zum Zwecke der Niederschlagung. Die Niederschlagung der staatlichen Grundvermögenssteuer wirkt sich auf die von den Gemeinden erhobenen Zuschläge nicht aus.

Anders der Erlaß der Steuer. Ein solcher umfaßt auch die Gemeindezuschläge. Eine spätere Einziehung der einmal erlassenen Steuer ist nicht möglich. Ein Erlaß kann auch für Steuern ausgesprochen werden, die bereits gezahlt sind.

Anmeldung zur Gesellenprüfung

Die Herbstgesellenprüfungen der Handwerkskammer finden im Oktober ds. Js. statt. Die Lehrlinge, die ihre Lehrzeit beendet haben und deren Meister keiner Innung angeschlossen sind, können ihre Anträge auf Zulassung zur Prüfung bis spätestens zum 15. September ds. Js. der Handwerkskammer einreichen. Die erforderlichen Papiere sind: Gesuch und Lebenslauf, Volks- und Fortbildungsschulzeugnis, Lehrzeugnis und Lehrvertrag; die Prüfungsgebühr von zehn Mark.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Um die Erhaltung des Ortsnamens Lützenkirchen

Opladen-Lützenkirchen, 1. Sept. Vor einigen Tagen tagte der Vorstand des Lützenkirchener Verkehrs- und Verschönerungsvereins. Die Erhaltung des Namens Lützenkirchen bildete den Gegenstand einer lebhaften Aussprache. Durch die Eingliederung Lützenkirchens nach Opladen ist für den amtlichen Sprachgebrauch der Name Lützenkirchen entfallen. Die Stadtverwaltung hatte seinerzeit im Benehmen mit dem Verein aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Reihe von Ortschafts- und Straßenumbenennungen vorgenommen. Der Leiter des städtischen Verkehrsamtes, Heimings, begründete eingehend den Standpunkt der Verwaltung in dieser Frage und erklärte, daß der Name Lützenkirchen im Volksmund immer erhalten bleibe, weil dies vor allen Dingen auch in verkehrstechnischer Beziehung geboten erscheine. Dann hat auch der Name Lützenkirchen und das Gebiet, das er bezeichnet, eine Geschichte, die für den Fortbestand des Namens Sorge tragen wird. Der Vorstand des Verkehrs- und Verschönerungsvereins war aber der Ansicht, daß sich der Name Lützenkirchen auch amtlich in Verbindung mit dem Namen Opladen erhalten lasse und will der Stadtverwaltung diesbezügliche Vorschläge unterbreiten. An dem im kommenden Jahre stattfindenden 75jährigen Opladener Stadtjubiläum wird sich der Verein entsprechend beteiligen und auch die den Stadtteil Lützenkirchen betreffenden Vorarbeiten mit übernehmen. Allgemeines Interesse fand in diesem Zusammenhange ein vorgelegter Gipsabdruck eines Siegels von Lützenkirchen aus dem Jahre 1556, welches der Vorsitzende, Lehrer Becker, vor einigen Tagen an einer alten Urkunde im Staatsarchiv in Düsseldorf entdeckt hat.

Freiwilliger Arbeitsdienst in Leverkusen

Leverkusen, 1. Sept. Für den freiwilligen Arbeitsdienst sind bisher im Stadtgebiet Leverkusen vier Projekte in Aussicht genommen worden, und zwar Kultivierungsarbeiten am Carl-Duisberg-Realgymnasium zwischen der Parkanlage und dem Planschbecken, Planierungsarbeiten im Strandbad „Sonneneck", Rodungsarbeiten auf dem Gelände der Rheinischen Dynamitfabrik am Mühlenweg und Rodungsarbeiten am Junkernkamp in Schlebusch. Während für die erste Arbeit genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, können für die anderen Arbeiten noch Erwerbslose eingestellt werden, die Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung beziehen und die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Ein geheimnisvolles „Waffenlager"

Monheim, 1. Sept. Eines Tages erschien bei der Polizeiverwaltung in Monheim ein Mann, der mit geheimnisvoller Miene ein großes Waffenlager bei seinem „lieben Nachbarn" meldete. Obwohl die Behörde den Angaben dieses Mannes nicht so recht traute, mußte sie eine Durchsuchung seiner Wohnung vornehmen. Gefunden wurde ein Seitengewehr und ein unbrauchbarer Granatzünder, beides Kriegsandenken, die der Sohn des alten Mannes aus dem Felde mitgebracht hatte. Die Folge war ein richterlicher Strafbefehl über 30 Mark, gegen den der alte Mann Einspruch erhob und richterliche Entscheidung beantragte. Er hatte hiermit Glück, denn der Richter stellte das Verfahren wegen Geringfügigkeit ein.

Kartoffeldiebe überrascht

Langenfeld, 1. Sept. Bei Tagesanbruch am Mittwoch wurden von dem Feldhüter in Reusrath mehrere Kartoffeldiebe bei ihrer Arbeit überrascht. Die Diebe hatten bereits zwei Zentner Kartoffeln in Säcke gefüllt und weitere Kartoffeln ausgemacht. Beim Erscheinen des Feldhüters ergriffen sie die Flucht unter Zurücklassung der Kartoffeln und des Handwerkszeuges. Die Diebe sind unerkannt entkommen. Bei den Kartoffeln handelt es sich um halbreife Spätkartoffeln, welche noch sehr klein sind und z. Zt. nur als Viehfutter verwendet werden können.

Tod auf den Schienen

Langenfeld, 1. Sept. Gestern morgen wurde auf der Strecke Düsseldorf-Benrath—Langenfeld durch die Streife der Bahnpolizei die Leiche einer männlichen Person aufgefunden, deren Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten. Nach Lage der Sache liegt Selbstmord vor.

Immer wieder Diebstähle

Radevormwald, 1. Sept. Am Montagabend wurden vor Eintritt der Dunkelheit in der oberen und unteren Kaiserstraße in kurzem Zwischenraum zwei Fahrräder gestohlen. — Schaden wurde der Gärtnerei Neureuter zugefügt, der aus dem Obsthof 50 Pfd. Edelobst (Birnen) gestohlen wurde. Der Schaden ist um so empfindlicher, als es sich hier um Versuchsbäume handelt, deren Qualität und Ertrag erprobt werden sollten, und die in diesem Jahre erstmalig trugen.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Kein Hochverratsverfahren gegen die Haaner Kommunisten

Die vor einiger Zeit in der Hildener Heide bei einer Geländeübung überraschten 41 Haaner Kommunisten, die als hochverratsverdächtig in das Wuppertaler Landgerichtsgefängnis eingeliefert worden waren, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Demnach ist anzunehmen, daß sie nicht wegen Hochverrats vor das Reichsgericht, sondern nur wegen Widerstandsleistung gegen die Staatsgewalt vor ein ordentliches Gericht gestellt werden.

Wuppertal

Wuppertal bespielt die Theater in Solingen und Remscheid

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats der Wuppertaler Theater-Betriebs-GmbH. ist beschlossen worden, den Verträgen mit Remscheid und Solingen zuzustimmen. Es werden in Remscheid 20 Aufführungen, und zwar Schauspiele und Opern, stattfinden, für die die Stadt Remscheid das spielfertige Haus zur Verfügung stellt, während die Einnahmen nach gewissen Abzügen dem Wuppertaler Theater zugute kommen. Für zwölf weitere Vorstellungen in Remscheid müssen die Kosten von Wuppertal bezw. den interessierten Remscheider Verbänden getragen werden. In Solingen sollen wenigstens 24, möglicherweise sogar 30 Vorstellungen gegeben werden, für die die Stadt Solingen garantiert.

Wuppertal. Tragischer Tod eines Polizeibeamten. Abends wollte der Polizeioberwachtmeister Löffler auf der Unterdörnerstraße in Barmen gegen einen Radfahrer einschreiten, der sich verbotswidrig, an einen in Richtung Elberfeld fahrenden Lastzug angehängt hatte. Als der Radfahrer den Polizeibeamten sah, versuchte er den Lastzug links zu überholen. Löffler, der den Radfahrer aufhalten wollte, überquerte vor dem Lastwagen die Straße. Hierbei wurde er von dem linken Vorderrad erfaßt, zu Boden geschleudert und überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Dem Radfahrer gelang es, zu entkommen.

Oberbergisches

Aachen. Eine Erklärung der Stolberger Zink AG. Zu dem Dammbruchunglück im Eschbachtal teilt die Verwaltung folgendes mit: Auf Veranlassung der Verwaltung der Stolberger Zink A. G. ist durch einen Sachverständigen eine ausführliche Untersuchung über die Ursachen des Dammbruchs im Eschbachtal erfolgt. Es hat sich ergeben, daß ein Verschulden der Grube nach dem vorliegenden Material nicht infrage kommt, und daß die Betriebsverwaltung, insbesondere bei der Errichtung und Unterhaltung ihrer Betriebsanlagen, jede nach Lage des Falles erforderliche Sorgfalt angewandt hat. Das Ergebnis dieser Untersuchung deckt sich (nach Meinung der Verwaltung) im wesentlichen mit dem von der Bergbehörde in den Tageszeitungen veröffentlichten amtlichen Bericht.

Wer trägt die Schuld am Dammbruchunglück im Eschbachtal?

Die Interessengemeinschaft der Dammbruchgeschädigten hat an die Reichs- und Staatsregierung einen Notruf gesandt, in dem es heißt: Zahlreiche Familien aus dem kleinbäuerlichen und Arbeiterstand, größtenteils Erwerbslose, sind durch das plötzliche Unglück unverschuldet in größte Not geraten und wissen den notwendigen Lebensunterhalt nicht zu beschaffen. Durch die ungeheuern und hohen Schlammassen ist die bodenständige Landwirtschaft in dem überschwemmten Gebiet auf Jahre hinaus um ihren Ertrag gebracht. Gewerbliche Betriebe sind durch die Katastrophe zur Stillegung gezwungen. Der hieraus entstandene Schaden ist unübersehbar.

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der seitens der Grubenverwaltung

der Oeffentlichkeit bekanntgegebenen Erklärung betreffs der Schuldfrage und erhebt einmütig hiergegen Einspruch. — Die Geschädigten hoffen, daß Reichs- und Staatsregierung sofort die zuständige Stelle veranlassen, daß endlich die gesundheitsschädlichen und übelriechenden Schlammassen, die durch abgeschwemmte Düngerstätten, Geflügel- und Tierkadaver durchsetzt sind, beseitigt und die hierfür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Köln

Köln. Warum Köln keine Staatssteuern abführte. In einer Pressekonferenz rechtfertigte sich die Stadt Köln gegen den Vorwurf, daß sie mit den Steuerüberweisungen an den Staat im Rückstand geblieben sei. Dr. Fresdorf erklärte einleitend, daß die Stadt künftig an die zentralen Kassen ihren pflichtgemäßen Anteil abführen wolle, daß sie aber auf der anderen Seite vom Staat eine Aenderung des Finanzausgleichs und der bestehenden Vorschriften bezüglich der Verteilung der Wohlfahrtslasten erwarte. Finanzdezernent Beig. Suth betonte, Köln sei nicht die einzige Stadt, die mit den Steuerüberweisungen im Rückstand sei. Die Zurückbehaltung der Gelder sei keinesfalls heimlich erfolgt, die Regierung habe man über den Stand der Dinge ständig auf dem laufenden gehalten. Wenn es soweit gekommen sei, so läge das einzig und allein an den bis ins Uferlose wachsenden Wohlfahrtsausgaben. In Köln würden heute von 100 Pflichtunterstützten mehr als 54 v. H. in der Wohlfahrt unterstützt, während nur 12 v. H. Arbeitslosenunterstützung erhielten. Das sei ein unhaltbarer Zustand. Eine grundlegende Umgestaltung des ganzen Arbeitslosenproblems sei dringend erforderlich.

Köln. Fein ausgeknobelt und doch erwischt. Am 10. August erschien in der Kunsthandlung Weindorf ein angebliches Ehepaar und ließ sich Brillantringe vorlegen. Während sie aussuchten, betrat ein Mann den Laden und wünschte einen Ring aus dem Schaufenster zu kaufen. Die Verkäuferin kam dem Wunsche nach, bemerkte aber vor dem Schaufenster zwei Frauen, die auffälligerweise die Sicht in das Schaufenster zu verdecken suchten. Nach einem Hin und Her erklärte der zweite Käufer, nichts gefunden zu haben; gleichzeitig sah aber die Verkäuferin, wie er einen Ring im Werte von 8000 Mark verschwinden ließ. Sie schloß schleunigst das Schaufenster, um dem Dieb nachzueilen, wurde aber von den beiden Frauen festgehalten, die angeblich auch etwas kaufen wollten. Es gelang ihr, sich loszumachen und den Mann in einer Nebengasse zu stellen. Als sie diesem mit der Polizei drohte, ließ er sich einschüchtern, ging zurück in den Laden und rückte den Ring wieder heraus. Auf Bitten aller Fünf wurde keine Anzeige erstattet. Später ging die Verkäuferin aus irgendeinem Grunde doch noch zur Polizei und teilte die Sache mit. Es ergab sich, daß dieses Quintett zusammengehörte und mit seinem Trick u. a. in Dortmund, Düsseldorf, Koblenz teils mit, teils ohne Erfolg gastierte. Inzwischen wurden drei davon auf eine Warnung der Polizei hin gefaßt, und zwar zwei Frauen und ein Mann, während die beiden anderen entkamen.

Köln. Die Münzensammlung in der Zinkbüchse. In einem holländischen Gefängnis sitzt ein in Freudenberg (Siegkreis) geborener Deutscher wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle. Als die holländische Polizei ihm die Taschen durchsuchte, fand sie zwei Gepäckscheine des Kölner Hauptbahnhofs, mit denen sich ein Polizeibeamter nach Köln begab. Der Kriminalpolizei wurden auf die Scheine zwei Koffer ausgeliefert, von denen einer einen eigentümlichen Inhalt enthielt, nämlich eine verlötete Zinkbüchse. Die Polizei ließ die Büchse gewaltsam öffnen und zum Vorschein kam eine Münzensammlung von 376 Stück, Medaillen, internationale Geldstücke usw., Dinge mit Liebhaberwert, der sich kaum schätzen läßt. Der Eigentümer dieser Sammlung ist bis jetzt unbekannt. Außerdem fand man in einem Koffer ein Gewehr, Doppelflinte, Kaliber 16.

Köln. Einbrecher erschossen. Mittwoch morgen gegen 4 Uhr bemerkte ein Polizeibeamter an der „Alten Mauer am Bach" drei verdächtige Personen, die offenbar die Absicht hatten, einen Einbruch zu verüben. Der Polizeibeamte rief den drei Personen Halt zu, was von diesen jedoch nicht beachtet wurde. Sie ergriffen die Flucht, worauf der Beamte mehrere Schreckschüsse abgab. Der 18 Jahre alte Peter Löffelsen aus Ehrenfeld wurde angeschossen und starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Eine „nette" Bausparkasse

Sparer um alles betrogen

Das Tagesgespräch von Köln bildet das reichlich seltsame Geschäftsgebaren der Rheinland A. G., Bausparkasse Köln, Deichmannshaus, gegen die ein Sparer, der sich betrogen glaubte, jetzt Anzeige erstattete. Die Bausparkasse war im März 1931 von einem Doktor aus Köln und einem Kaufmann gegründet worden mit einem angeblichen Aktienkapital von 100 000 Mark. Später kam dann ein zweiter Kaufmann hinzu, der sich mit 40 000 Mark beteiligte und tatsächlich auch 10 000 Mark einzahlte. Dieses Triumvirat bildete dann den Vorstand. Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde ein Rechtsanwalt aus Aachen.

Es dauerte nicht lange, so wurde der Doktor wegen Unregelmäßigkeiten an die Luft gesetzt. Der erste Kaufmann folgte ihm bald darauf, sodaß der später Hinzugekommene nun, und auch heute noch, allein den Vorstand repräsentierte. Die Revision ergab, daß der Doktor die 10 000 Mark auf sein persönliches Konto gebucht hatte, das heute noch einen Saldo von 1,92 Mark aufweist. Außerdem bezogen die beiden ersten Gründer je 1250 Mark Monatsgehalt; 5000 Mark wurden für Provision in einem Jahre gebucht, weitere große Summen wurden für Spesen usw. ausgegeben. Die meisten Mitglieder stehen nur auf dem Papier, Zahlungen leisten nur noch hundert. Die eingezahlten Spargelder dürften sich bis Ende Juni auf 28 200 Mark belaufen haben, und sind restlos verwirtschaftet, da kein roter Pfennig mehr vorhanden ist. U. a. erhielt der an erster Stelle eingetretene Kaufmann 2500 Mark Zuschuß aus den erwähnten eingezahlten 10 000 Mark; über 2000 Mark fehlen sämtliche Belege, der Rest segelt unter „Organisation usw." Keine einzige Zuteilung von Baugeld ist erfolgt, obwohl mit mehreren Sparern feste Zuteilungstermine vereinbart waren, was übrigens vom Reichsaufsichtsamt verboten ist.

Die Gehälter der fünf Angestellten und 18 Vertreter sind seit Monaten rückständig und werden aus den jeweils eingehenden Sparraten mit [illegible] Mark nachgezahlt. Versicherungsmarken wurden [illegible] nicht geklebt. — Ueber diese sau[illegible] hat das Reichsaufsichtsamt am 19. August die Liquidation beschlossen. — Kommentar überflüssig.

Düsseldorf

Vier Europaflieger in Düsseldorf

Mittwochabend traf ein Geschwader bekanntester deutscher Sportflieger auf dem Düsseldorfer Flughafen ein. Die vier Heinkel-Maschinen wurden von Freiherrn von Dungern, von Cramon, Elli Beinhorn und Oberleutnant Seidemann gesteuert. Die Flieger wurden auf dem Düsseldorfer Flughafen von Vertretern der Stadtverwaltung und des Düsseldorfer Aeroklubs begrüßt. Donnerstagfrüh startete das Geschwader, verstärkt durch vier weitere Düsseldorfer Maschinen, zu einem Wochenendflug nach England.

Westdeutsches

Aachen. Motorradfahrer rast in eine Menschengruppe. In der vergangenen Nacht fuhr im benachbarten Hoengen auf der Aachener Straße ein Motorradfahrer aus Köln, der nach Aachen fahren wollte, in eine Gruppe von vier Personen. Bei dem Anprall wurden die vier Leute zu Boden geworfen, auch der Soziusfahrer wurde zu Boden geschleudert und schwer verletzt, während der Fahrer selbst ohne Verletzungen davonkam. Ein sofort herbeigerufener Arzt legte den fünf Verletzten die ersten Verbände an. Während einer der Angefahrenen in seine Wohnung geschafft werden konnte, mußten die drei anderen mit schweren Bein- und Schädelverletzungen ins Eschweiler Krankenhaus gebracht werden.

Dinslaken. Kultivierung der Friedrichsfelder Heide. Die Friedrichsfelder Heide, die während des Krieges als Truppenübungsplatz benutzt wurde, wird im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes eine völlige Umgestaltung erfahren. Vom Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ist der Kreisverwaltung Dinslaken bereits die Verwendung von 200 Arbeitsdienstwilligen, meist kreisangehörigen Wohlfahrtserwerbslosen bis zu 25 Jahren, zu Kultivierungsarbeiten genehmigt worden. Das mehrere 100 Morgen große Heidegelände soll fast völlig in Ackerland verwandelt werden, ebenso das dem Amte Vörde gehörige Heidegelände, für dessen Kultivierung 100 Arbeitsdienstwillige vorgesehen sind. Weiter soll auf dem Heidegelände ein großer neuzeitlicher Flugplatz unweit der angrenzenden Testerberge errichtet werden. Ueber dessen Finanzierung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Altena. Um den Weiterbau der Verse-Talsperre. Im Kreishause zu Altena fand vor einigen Tagen eine Besprechung mit Vertretern des Ruhrtalsperrenvereins wegen des Weiterbaues der neuen Verse-Talsperre statt. Der kommissarische Landrat des Kreises regte die Frage des Weiterbaues im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes an, wenn andere Möglichkeiten nicht zum Ziele führen könnten. Wenn es sich ermöglichen ließe, die umfangreichen Erdarbeiten, besonders des Erddammes, durch freiwilligen Arbeitsdienst ausführen zu lassen und dann einen wesentlichen Teil des Projektes zu finanzieren, so würde gleichzeitig auch der freie Arbeitsmarkt durch die Vergebung der Arbeiten belebt werden können, die sich für den freiwilligen Arbeitsdienst nicht eignen, z. B. die Herstellung des großen Betonkerns und sonstiger fester Bauten. Die Vertreter des Ruhrtalsperrenvereins haben zugesagt, die Anregung prüfen zu wollen. Wie man weiter erfährt, hat auch die Stadtverwaltung Lüdenscheid nach dem Bekanntwerden des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung beim Reichsarbeitsministerium sofort entsprechende Vorstellungen in bezug auf den Weiterbau der neuen Verse-Talsperre erhoben.

Furchtbare Tragödie

In dem sonst so stillen Rheinstädtchen Sinzig bildet eine Familientragödie, von der zwei Familien betroffen werden, das Tagesgespräch. Ein 31 Jahre alter verheirateter Mann, Sohn eines Fabrikanten, hatte mit der Frau eines im väterlichen Betrieb beschäftigten Arbeiters ein Verhältnis. Das Paar reiste vor einigen Tagen nach einem Tanzvergnügen ab. Kurze Zeit darauf traf von dem Sohn des Fabrikanten ein Brief in Sinzig ein, in dem mitgeteilt wurde, daß sich die beiden Geflüchteten das Leben nehmen würden. In dem Brief war auch die Stelle im Taunus angegeben, wo beide aus dem Leben gehen wollten. Ein zweiter Brief der Frau des Arbeiters teilte dem Ehemann mit, daß sie entschlossen sei, mit dem Geliebten zu sterben.

Ein Bruder des Lebensmüden reiste sofort an die bezeichnete Stelle im Taunus ab. Als er mit einem Polizeibeamten dort ankam, sah er von ferne, wie der unglückliche Bruder planlos umherirrte und wie er dann, als die beiden näher kamen, den Revolver zog und sich erschoß. Die Frau fand man nach kurzem Suchen ebenfalls erschossen auf.

Diese Tragödie ist um so trauriger, als in beiden von dem Unglück betroffenen Familien je zwei kleine Kinder vorhanden sind, die nun so jäh den Vater bezw. die Mutter verloren haben.

Duisburg-Hamborn. Hoffnung auf die Wiederinbetriebnahme der Hütte Ruhrort-Meiderich. In Auswirkung des Regierungshilfsprogramms für die Industrie hofft man in Kreisen der Duisburg-Hamborner Einwohnerschaft, daß sich die Vereinigten Stahlwerke dazu entschließen, die Hütte Ruhrort-Meiderich bald wieder in Betrieb zu nehmen. Bei Vergebung der zu erwartenden Reichsbahnaufträge müsse die Hütte Ruhrort-Meiderich bevorzugt behandelt werden. Demgegenüber wird jedoch von der Hüttenleitung die Ansicht vertreten, daß die weitere Entwicklung nicht durch die Regierungshilfe, sondern einzig und allein durch die Konjunktur bedingt werde. Wichtiger, als daß man für jeden neueingestellten Arbeiter eine 400-Mark-Prämie erhalte, sei, daß ein ausreichender Auftragseingang erfolge. Da die Reichsbahnaufträge auf die gesamte deutsche Industrie verteilt werden dürften, sei nicht anzunehmen, daß der Prozentsatz der auf die Vereinigten Stahlwerke entfallenden Aufträge ausreichend sei, um die Hütte Ruhrort-Meiderich wieder in Betrieb zu nehmen. Saisonmäßig erfolge zudem im Herbst erfahrungsgemäß eine Verminderung des Auftragsbestandes. Selbst wenn die Maßnahmen der Regierung zu einer Belebung der Industrie führen würden, so sei doch nicht anzunehmen, daß man an eine unmittelbare Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe vor Beginn des nächsten Frühjahres denken könne. In Kreisen der Belegschaft erwartet man jedoch, daß bei der bevorstehenden Auftragsverteilung die Hütte Ruhrort-Meiderich in einem solchen Maße berücksichtigt werde, daß die Wiederinbetriebnahme sofort erfolgen werde. Angesichts der statistisch nachgewiesenen Tatsache, daß Duisburg-Hamborn von der Wirtschaftskrise relativ am stärksten betroffen ist, würden auch die Stadtverwaltung, die Handelskammer und andere maßgebenden kommunalen und wirtschaftlichen Verbände nichts unterlassen, um die Entwicklung in diesem Sinne zu beschleunigen.

Ahlen. Auto fährt gegen einen Baum. — Ein Toter, ein Schwerverletzter. In der Nacht zum Mittwoch, etwa gegen 3 Uhr, befuhr der 39 Jahre alte Kaufmann August Kasten aus Dortmund-Brakel mit seinem Personenauto die Chaussee Dolberg—Beckum. Der Führer des Wagens war der Chauffeur Hermann Kaczmirzak. In der Nähe des Kilometersteins 9 versagte plötzlich die Bremse, wodurch der Wagen ins Schleudern geriet und mit aller Wucht gegen einen Baum sauste. Der Kaufmann Kasten war auf der Stelle tot, der Chauffeur mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Der Kraftwagen wurde total zertrümmert.

Erwitte (Kreis Lippstadt). Vom Auto überrannt und getötet. Von einem Personenauto aus Geseke wurde ein 25 Jahre alter Mann mit seinem Fahrrade überrannt und zur Seite geschleudert. Er erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er kurze Zeit darauf gestorben ist. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Oberhausen. Den Verletzungen erlegen. Am Montagabend wurde im Hofe des Hauses Bergstraße 1 im Stadtteil Osterfeld eine Frau schwerverletzt aufgefunden. Die Frau, die sofort dem Krankenhause zugeführt wurde, ist jetzt gestorben. Wie festgestellt wurde, ist die Frau beim Fensterputzen abgestürzt.

Schwarzsender entdeckt

In Gladbach-Rheydt wurde bei einer Durchsuchung nach Schmuggelwaren von der Kriminalpolizei in einem am Rande der Stadt gelegenen Gasthaus eine Kurzwellensende- und Empfangsanlage entdeckt. Es ist festgestellt worden, daß mehrfach Uebungen größeren Umfanges mit diesem Gerät stattgefunden haben. Die Anlage ist von einem Mitglied der NSDAP. errichtet worden. Da die Errichtung und der Betrieb derartiger Geräte verboten sind, wurde der Apparat beschlagnahmt.

Kriminalfälle

Mutter tötet 13jährigen Sohn aus Mitleid

In Hüttbleck bei Hamburg hat eine Mutter ihren 13jährigen geisteskranken Sohn getötet. Der Junge, der seit Jahren in einer Heilanstalt untergebracht war, weilte dieser Tage bei seinen Eltern auf Besuch. Er erlitt dort wieder einen so schweren Tobsuchtsanfall, daß die Mutter, um ihn von seinem Leiden zu erlösen, ihn auf dem Hausboden erhängte. Sie teilte dann selbst dem Gemeindevorsteher die Tat mit. Die Mutter wurde festgenommen.

Das Wetter von heute und morgen

Allmähliche Eintrübung aber keine nennenswerten Niederschläge; am Tage mäßig warm, auffrischende und nach Südwesten zurückdrehende Winde.

Das Neueste

In der gestrigen Kabinettssitzung ist nach dem Bericht des Reichskanzlers über den Besuch in Neudeck die Notverordnung über das Wirtschaftsprogramm beraten worden, mit deren Veröffentlichung am kommenden Dienstag gerechnet wird.

Das Sondergericht in Altona verurteilte sieben Kommunisten wegen eines Ueberfalls auf die Wohnung eines Nationalsozialisten zu Zuchthausstrafen von 1½ bis zu 6 Jahren und drei Angeklagte zu Gefängnisstrafen.

Der erzbischöfliche Generalvikar Prälat Dr. Hindringer ist in der vergangenen Nacht in München im 53. Lebensjahr gestorben.

Der deutsche Flieger von Gronau ist auf der zu den Aleuten gehörenden Insel Attu gelandet.

Die Hamburger Zollfahndungsstelle hat eine neue Millionen-Defektenschiebung aufgedeckt.

In der „Financiel News" wird eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Schwerin v. Krosigk veröffentlicht, in der der Minister auf die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Zinsen für die deutschen Auslandsverpflichtungen hinweist und erneut feststellt, daß Deutschland nur in Waren zahlen könne.

Die deutsche Denkschrift in der Frage der Rüstungsgleichheit wird heute vom französischen Ministerrat behandelt werden. In der Pariser Presse hat die Ueberreichung des Schriftstücks wie eine Bombe gewirkt. Die Blätter fordern aufgeregt Ablehnung der deutschen Forderungen. Das „Journal" faßt die Forderungen der Reichsregierung in zehn Punkten zusammen, die im wesentlichen den Ausführungen des Reichswehrministers im „Resto del Carlino" und im „Heimatdienst" entsprächen und in der Schaffung eines Heeres von 300 000 Mann gipfelten.

Zu der von deutscher Seite eingeleiteten Verhandlungen über die deutsche Rüstungsgleichheit teilt der oppositionelle „Daily Herald" mit, daß zwischen MacDonald und dem englischen Außenminister erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestünden. Während letzterer mehr dem französischen Standpunkt zuneige, sei der Ministerpräsident stets für die Beseitigung der Paragraphen eingetreten, die eine Zurücksetzung Deutschlands darstellten.

Ministerpräsident Herriot soll, als ihm gestern das Schriftstück über den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage überreicht worden ist, geäußert haben, daß diese Erklärung nicht überrasche, sie sei angekündigt worden.

Der deutsche Schritt in Paris und die Erklärungen des Reichswehrministers gegenüber dem Vertreter einer italienischen Zeitung werden von der französischen Presse lebhaft kommentiert. Der Ton der Blätter ist von großer Schärfe und nimmt bisweilen drohende Formen an.

Die Nachrichten über den deutschen Schritt wegen des Umbaues der Reichswehr werden von der englischen Presse an hervorragender Stelle wiedergegeben, doch enthalten sich die meisten Blätter einer Stellungnahme.

Der amerikanische Flieger Doolittle erreichte auf einer drei Kilometer langen Strecke einen Stundendurchschnitt von 471 Kilometer und erzielte damit einen neuen Weltrekord.

Der Transozeanflieger Mollison hat auf seinen zweiten Transozeanflug Amerika—Indien verzichtet und wird mit dem Schiff zurückkehren.

Schweres Verkehrsunglück

Ein schweres Verkehrsunglück ereignete sich in der vergangenen Nacht auf der Landstraße Unna—Aplerbeck in der Nähe von Kamen. Ein Autobus mit 32 Bottroper Einwohnern, die ihre Ferien in Schlesien verbracht hatten, fuhr gegen einen Baum und wurde in den Straßengraben geschleudert. Von den Insassen wurden sieben Personen schwer und sieben leicht verletzt.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

„Haarglanz"
adstringiert das Haar,
d. h. er zieht das vom Waschen aufgequollene Haar schnell wieder zusammen, sodaß es glatt und fein, straff und elastisch wird. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi

Roman von J. Schneider-Foerstl

Verlag Oskar Meister Werdau-Sa.

22

Sie unterbrach ihn rasch. „Den hast du selbst gelöst, als du so lange schwiegst, daß ich denken mußte, du habest mich längst vergessen."

Sie hörte, wie sein Atem ging. Seine Augen flimmerten. Sein war die Schuld. Er konnte alles drehen und deuten wie er wollte. Eine einzige Zeile von ihm, ein einziges Wort der Liebe und des Gedenkens hätte ihm die Braut erhalten und sie nicht in die Arme Gellerns getrieben.

„Eve Mi!", sagte er, nach ihren Händen greifend. „Eve Mi! — Ich nehme alles auf mich. — Ich habe gefehlt. Das hätte ich nicht tun dürfen. Harald Anderson hat Recht gehabt. Aber Eve Mi, nimm dafür alles, was ich gelitten habe. Frage Harald und Ellen van der Veldt, wenn du mir nicht glauben kannst. Sie wissen, wie es um mich stand."

Sie entgegnete kein Wort.

Er begann ihre Hand zu streicheln wie er es früher immer getan hatte. „War Gellern gut zu dir? Sag, Liebes, warst du glücklich an seiner Seite!"

Sie nickte und suchte ihre Hände von den seinen frei zu machen. Er stöhnte kaum hörbar auf. Glücklich war sie gewesen! — Und er? — Und er? — Seine Finger hielten die ihren immer fester umschlossen.

„Bist du wieder wohl jetzt? — Du bist krank gewesen, habe ich drüben gehört!" Er liebkoste sie mit den Augen. Wie schmal das schöne Gesicht geworden war.

„Freust du dich, daß ich gekommen bin, Eve Mi?" Er blickte sie erwartungsvoll an.

„Ja!" sagte sie ohne Erregung. „Es ist gut von dir, daß du mich besuchst!"

„Ich werde nie mehr fortgehen, Eve Mi!"

„Du wirst wieder Konzerte geben?"

„Ja, Eve Mi! Und wenn du erlaubst, werde ich öfters zu dir kommen!"

„So oft du willst! Ich werde aber nicht mehr lange bleiben. — Ich gedenke nach Schottland zu gehen."

„Nach Schottland, wiederholte er erschrocken. „Schon bald?"

„Noch vor dem Winter!"

Er rechnete. Jetzt hatte man Anfang Juli. Aber er konnte nicht warten bis zu der Stunde, in der sie ging. Gleich wollte er sich den Bescheid holen, von dem das Schicksal seines ganzen zukünftigen Lebens abhing. Nur Hoffnung wenn sie ihm gab. Dann wollte er geduldig warten. Erst hier und dann, wenn sie nach Schottland ging, wollte er hinüber nach England, damit er stets in ihrer Nähe blieb.

„Eve Mi!" Er hörte die Unsicherheit seiner eigenen Stimme. „Ich möchte dich etwas fragen — laß mir deine Hände — du brauchst keine Furcht vor mir zu haben," sagte er bittend, als sie versuchte, ihre Finger aus den seinen zu ziehen. „Wenn ich nun beginne, ein zweitesmal um deine Liebe zu werben, wirst du mir dann wieder Braut werden, wie damals, als ich ging?"

Sie schüttelte den Kopf. Er erschrak.

„Nein, Eve Mi?"

„Nein!"

„Weshalb?" stieß er heraus.

„Ich schulde dir keine Rechenschaft darüber!" sagte sie freundlich, aber mit einer merklichen Kühle im Ton. An ihren Augen sah er, daß alles In-sie-Dringen zwecklos sein würde.

Alle Fassung verlierend, stürzte er vor ihr in die Knie und beide Arme in ihren Schoß legend, barg er das Gesicht hinein. Sie sah das verstreute Silber in seinem Haar aufblitzen und erschrak so sehr darüber, daß ihre Hände reglos blieben. Sie fand kein Wort. Das Mitleid und die Liebe in ihr stritten sich mit dem Weibesstolz, der sich solange verraten geglaubt hatte.

Nein, sie konnte nicht! — Jetzt nicht! — Es war alles noch zu frisch und zu wund in ihr. Und dann — es frug sich, ob sie zum mindesten nicht eben soviel gelitten hatte als er. Und sie hatte in all der schrecklichen Zeit ganz allein mit sich selbst zurechtkommen müssen. — Er mußte es nun eben auch. Sie war kühler, reifer geworden, nicht mehr das liebesselige Mädchen, das vor drei Jahren an seinem Halse hing. — Und daß alles so gekommen war für sie beide, war nur seine Schuld. Nicht Mitleid und Liebe, nur gekränkter Stolz allein hielt in diesem Augenblick des Abwägens die Wagschale in den Händen. Er überschrie die Stimme ihres Herzens, das dem Geliebten der Jugendtage trotz alledem noch immer zu eigen war. Sie versuchte nicht einmal, ihn mit einem liebevollen Wort zu trösten, ihm zu sagen, komm wieder, vielleicht daß wir zu einer anderen Stunde uns wiederfinden. Nur Schweigen hatte sie für ihn.

Als er das Gesicht zu ihr aufhob, war es weiß und zuckend. Er suchte ihre Augen. Aber sie blickten an ihm vorbei. Taumelnd erhob er sich.

„Eva Maria, wiederhole dein Nein — dann will ich gehen!"

„Nein!" sagte sie ohne Zögern. Sie durfte nicht warten damit, sonst wurde es ein Ja. Aber sie mußte dabei die Augen schließen, um ihn nicht zu sehen.

Er beugte sich nieder und küßte, ohne sie zu berühren, die eine ihrer Hände, die auf der Lehne des Stuhles ruhte. Dann griff er nach seinem Hut und ging nach der offenen Türe über der Terrasse die Stufen hinab.

Die Augen der Dogge folgten ihm, mit leisem Knurren fletschte sie die Zähne.

„Elemer!" schrie Eva Maria auf. — „Elemer!" —

Das Rauschen der Fontäne zog den Ruf restlos in sich ein. Radanyi hatte ihn nicht gehört. Der Kies knirschte unter seinem raschen Schritt, gleich darauf kam das Rattern eines Wagens durch die Stille. Das war das letzte, was das Schweigen unterbrach.

„Herr Radanyi wollen schon wieder reisen?" sagte der Portier erstaunt, als Elemer in das Hotel zurückgekehrt den Auftrag gab, daß seine Koffer nach der Bahn geschafft würden.

„Lassen Sie bitte, die Sachen in die amtliche Gepäckaufbewahrung bringen," ersuchte er. „Ich treffe dort meine Anordnungen selbst." Er beglich die Zimmerrechnung und schritt eiligst die Straße hinab, machte noch einmal kehrt und trat zu dem Portier in die Loge. „Könnten Sie mir meine Geige herunterbringen lassen? Ich möchte sie sehr gerne selbst mit mir nehmen. Sie ist ein wertvolles Stück und ich will sie nicht unter all dem anderen verstaut haben!"

„Sofort, Herr Radanyi!"

Ein Boy brachte sie ihm wenige Minuten später im Sprunge die Treppe herab.

Radanyi drückte ihm einen Schein in die Hand. „Das ist rasch gegangen, mein Junge!"

Die Nachmittagssonne flutete blendend auf dem spiegelnden Asphalt. Radanyi ging erst ohne Eile eine Strecke abwärts und blieb dann vor einer Waffenhandlung stehen. Nach kurzem Zögern trat er ein und frug nach einem Browning. „Haben Sie keinen kleineren?" sagte er, die vor ihm liegenden mit den Augen prüfend. „Die hier sind alle so unhandlich!"

Der Verkäufer legte ihm sofort andere vor. Elemer umspannte eines der Stücke mit der Hand. Sie deckte die Waffe fast völlig. Er nickte zustimmend.

„Soll er geladen werden?" forschte der Mann hinter dem Ladentische!

Radanyi bejahte mechanisch.

Als die erste Kugel im Laufe steckte, legte er die Hand darauf. „Lassen Sie! — — Es genügt vollkommen!"

Er steckte den Browning zu sich, bezahlte und trat wieder in die Nachmittagssonne. Er ging wie im Traum die Ringstraße hinunter, sah die Menschen und sah sie nicht. So also entpuppte sich das Ende. Das war wenigstens der Mühe wert gewesen, herüber zu kommen. Harald würde lange warten müssen auf ein Lebenszeichen. Es war gut, daß er nicht an seiner Seite ging. Der überredete ihn gewiß auch diesesmal wieder, mit irgendwohin zu kommen, wo man eventuell vergaß. Er dachte an Haller. Solle er ihn begrüßen? Dann war es zugleich ein Abschiednehmen. Er fühlte nicht die Kraft dazu. Aber das Sehnen nach dem gütigen, grauen Augenpaar ließ sich nicht so rasch zur Seite schieben. Jedoch er durfte nicht. Wenn er erst wieder mit ihm und Stefan beisammen war, fand er vielleicht nicht mehr den Mut, das zu tun, war er zu tun im Begriffe war. Aber schreiben! Ein paar kurze, unverfängliche Zeilen, aus denen er nichts und doch alles lesen konnte.

Er trat in eines der Postämter an der Straßenkreuzung. Mit Tintenstift schrieb er an einem der Pulte auf ein Blatt seines Notizbuches sein letztes Grüßen. Gleich darauf fiel der Brief mit den wenigen inhaltsschweren Zeilen in die Oeffnung neben dem Schalter.

„Vorbei!" sagte er aufatmend. Nun gab es nichts mehr zu erledigen. „Mutter!" sagte er leise vor sich hin. Sollte er? — Nein! Es war besser, sie wußte nicht, daß er ihr so nahe gewesen. Sie würde warten, bis er kam, jeden Tag, jede Nacht und mit ihr der Großvater. Und doch würde all ihr Sehnen und Harren vergeblich sein. Karin! — Wenig Sonne! Schatten, nichts als Schatten! hatte sie ihm damals zur Antwort gegeben.

Er fühlte sich mit einem Male müde und abgeschlagen. Die lange Fahrt, die gehabte Aufregung und die letzten Spuren der Grippe machten sich fühlbar. Er winkte einem Kraftwagen.

„An den Außenring, in die Anlagen!" sagte er und sank erschöpft in die Kissen. — Sein Kopf fing zu hämmern an. Feine schwarze Pünktchen tanzten an den Augen vorüber. Er schloß sie und öffnete sie in der nächsten Sekunde, vom Lärm der Straße stets von neuem aufgeschreckt. — Seine Nerven begannen zu fibrieren. In einer Stunde ist alles vorbei — alles vorbei — beruhigte er sich selbst.

Zwanzig Minuten später stoppte der Führer. Man war am Ziel.

Radanyi bezahlte weit über die Taxe. Zweimal riß der Chauffeur die Mütze vom Kopfe und sah ihm nach, wie er den Gangsteig hinunter schritt, die Geige in der Rechten.

„Komisch!" sagte der Führer laut vor sich hin. „Was macht der da draußen? Geld hat er scheinbar genug. Den drückt irgend etwas. Wenn man's oft wüßte, wär gar manchem leicht zu helfen."

In den Anlagen herrschte geheimnisvolles Dämmern und weltentrückte Stille. Sonnenfunken spielten im Gras. Ab und zu schwankte ein Zweig, wenn ein Vogel sich aus dem Buschwerk in die freie Luft schwang. Träge, zeitverschwendend kroch eine Käferkarawane den schattigen Weg entlang. Die schillernden Augen einer Eidechse folgten ihr. Die Halme und Gräser standen reglos, kein Windhauch machte sie schwanken. Müde lehnten sie sich gegeneinander und warteten auf den Tau der Nacht, der ihren Durst stillte.

Radanyi ging langsam, wie einer, der nichts mehr zu versäumen hat. Der Ausdruck seines Gesichtes war friedlich und ausgeglichen. Er hatte ausgerungen mit seinem Lebenswillen. Nun würde er endlich die große Ruhe bekommen! Nach all dem Jammer und der Not der letzten Jahre der tiefe, lange Schlaf, aus dem keiner mehr ihn wecken konnte.

Eine breite Straße schnitt die Anlage mit einem Male in zwei Hälften. Einige Arbeiter kamen des Weges. Sie trugen blaue Kittel und Drahtrollen in den Händen. Lachend sahen sie, wie Elemer sich eiligst tiefer in das Dämmer drückte. Kopfschüttelnd sahen sie ihm nach. Der hatte zweifelsohne einen Sporn zu viel. Wahrscheinlich geigte der den Vögeln etwas vor. Sie riefen einem, der hinter ihnen nachkam, etwas zu. Gleichgültig schickte dieser die Augen in die Runde. Dann blitzten sie auf. — Ohne daß die anderen darauf achteten, blieb er zurück.

Radanyi bemerkte von dem allen nichts. Mit gesenktem Kopf ging er seines Weges. Eine Bank lugte versteckt aus dem Grünen. Er hielt vor ihr still, legte die Geige darauf, nahm sein Notizbuch und schrieb Hallers Adresse auf ein Blatt. Das klebte er am Kasten der Geige fest. Ein gleiches legte er in das Innere, dazu die Bemerkung, daß der Ueberbringer tausend Dollar Finderlohn zu beanspruchen habe. Das würde sicher seinen Zweck nicht verfehlen. Haller kam ohne jeden Zweifel auf diese Weise in Besitz seines Instrumentes.

Hinter ihm knackte es im Holze. Er sah sich um. Aber es blieb alles ruhig. Es mochte ein Wild gewesen sein, das hier einen Schlupfwinkel gefunden hatte.

Er nahm Eva Marias Bild aus der Brusttasche, betrachtete es und öffnete den Kasten, um es hineinzulegen. Besann sich und steckte es wieder zu sich. Unbemerkt glitt es daneben und blieb im Grase liegen.

Ohne Hast schritt er weiter. Sein Gesicht wurde immer friedlicher. Er war nun vollständig mit sich im Reinen und konnte nicht begreifen, wie dieser eine kurze Moment, der noch vor ihm lag, so vielen den Mut zum Scheiden nahm.

Der kleine See in den Anlagen glitzerte im Strahle der untergehenden Sonne. Ein leiser Wind kräuselte die Oberfläche und machte sie schillern. Die Weiden, die ihr Gezweige tief ins Wasser senkten, erschauerten leise vom Wellenschlag. Kein Ton durchbrach die Stille. Tiefster Friede ringsum. Traumverloren sah Radanyi über die schimmernde Fläche. Ja, hier würde gut ruhen sein. Wie er sich sehnte nach der Ruhe und dem alles Vergessen, das ihm noch das einzig Begehrenswerte erschien.

Ueber ihm begannen die Wipfel zu rauschen. Es wurde ihm ganz feierlich zumute. Alles in ihm war Andacht. Er faltete beide Hände. Dann lief ein Zittern durch seinen Leib — vergib uns unsere Schuld. —

Ein Schuß krachte in die Stille.

Verängstigt schrak ein Vogelpaar in das Dickicht. Ein Echo kam irgendwoher aus der Ferne. Weiße, durchsichtige Schleier krochen aus dem Wasser und lullten die Erde ein. — Die Erde, — die Radanyis Blut trank.

— — —

„Sie sollten reisen, verehrte Baronin!" sagte Eva Marias Hausarzt, der schon seit ihrer Krankheit kam, nach ihr zu sehen. „Sie sehen furchtbar angegriffen aus. Die Fremde wird Ihnen gut tun."

Sie schüttelte den Kopf. „Wo soll ich denn hin? — Ich habe niemand mehr. Es ist überall dasselbe!"

„Sie müssen sich aufraffen, liebe Baronin. Jeder erfährt einmal etwas Schreckliches im Leben. Da muß man dann eben nach allem greifen, was einem Zerstreuung bringt und die Gedanken ablenkt. Haben Sie nicht auch einen Besitz irgendwo da unten in der Pußta? — Da würde ich hingehen. Wir haben jetzt September. Da ist es noch schön in der Steppe, nicht mehr so heiß, auch noch nicht zu kühl, wollen Sie?"

„Nein!"

„Weshalb nicht?"

„Ich will hier bleiben!"

Der alte Herr seufzte auf. Resigniert empfahl er sich.

Und Eva Maria blieb und schleppte sich durch ihre Tage und weinte sich durch ihre Nächte.

Wenn der Herbstwind durch den Park fuhr und das rotfarbene Laub zu ihren Füßen raschelte, schrak sie zusammen und hüllte sich fröstelnd in ihren schweren Seidenschal. Sie hätte am liebsten einen halben Erdteil zwischen sich und Wien gelegt, und getraute sich doch nicht wegzugehen, aus Angst, ihn zu verfehlen. Nur wissen, wo er war, dieser eine Wunsch stand über allem anderen. Aber niemand wußte es. Ballins waren ohne jede Nachricht. Und zu Haller zu gehen, hielten Scham und Furcht sie zurück.

Sie hatte auf weit über ein Dutzend große Tageszeitungen abonniert, in denen sie seit Wochen vergeblich nach seinem Namen suchte, nach einer Ankündigung seiner Konzerte. — Nichts! — Niemals war von ihm die Rede. Auch ausländische Blätter kamen ins Haus. Vielleicht war er wieder nach Amerika gegangen oder Spanien oder England. — Seine Name wurde nie genannt.

Sie war müde und apathisch geworden. Stundenlang saß sie auf der Terrasse oder im Park, ohne eine Hand zu rühren. Ab und zu kam eine brennende Scham über sie, daß es Tage gab, wo sie ihres toten Mannes nicht eine Minute des Gedenkens schenkte. Alles konzentrierte sich um Radanyi. Sie mied die Gesellschaft. Nur keinen Menschen sehen! Was wollte sie bei den Leuten? Und was wollten die Leute von ihr? Es brachte doch keiner Kunde von ihm.

Ueber den bekiesten Vorplatz kamen Schritte. Sie wollte sich eilig ins Haus zurückziehen. Aber es war zu spät. Frau von Ballins Stimme rief ihr bereits ein „Grüß Gott!" zu. Sie war nicht allein. Harald Anderson und Ellen van der Veldt stiegen gleichzeitig mit ihr die Stufen der Terrasse herauf.

Eva Maria ging dem Besuche einige Schritte entgegen. Forschend ruhten die Augen der beiden Frauen ineinander, als Alice von Ballin die Vorstellung übernahm. Von solch eigenartigem Liebreiz hatte Eva Maria sich die Tochter van der Veldts nie gedacht. Ellen aber strömte über vor Mitleid für diese blonde, blasse Witwe, die einmal Radanyis köstlichster Besitz gewesen war.

„Mein Bruder ist erst seit drei Wochen verheiratet!" sagte Frau von Ballin so nebenbei. Da Elemer sein intimster Freund ist, ist er gekommen, ihn zu besuchen. Aber er ist nicht aufzufinden!"

Eine zitternde Röte [illegible] über die Wangen Eva Marias. Daß er alles wußte, von allem Kenntnis hatte, erwähnte Elemer bei seinem damaligen Besuche. Vor Anderson brauchte sie sich also keinerlei Verstellung aufzuerlegen. Es war ihr darum zu tun, ein paar Minuten mit ihm allein sprechen zu können. Frau von Ballin schien es zu ahnen, denn sobald man den Tee auf der Terrasse eingenommen hatte, erkundigte sie sich, ob sie ihrer jungen Schwägerin nicht den herrlichen, alten Park zeigen dürfe. Ein dankbarer Blick aus den Augen der Baronin Gellern traf sie. Sie konnte es kaum erwarten, bis die beiden Frauen die Stufen der Terrasse hinabgestiegen waren. Mit hochroten Wangen beugte sie sich zu Anderson, der ihr gegenübersaß.

„Haben Sie keinerlei Nachricht von Herrn Radanyi?"

„Nein, gnädige Frau! Seit er von Newyork abgereist ist, bin ich ohne jedes Lebenszeichen von ihm. Meine sämtlichen Briefe an ihn sind als unbestellbar an mich zurückgekommen. Nun sind meine Frau und ich herübergefahren, nach ihm zu suchen, wenn er noch am Leben ist."

Ihre Röte wechselte zu einer tödlichen Blässe um. „Weshalb glauben Sie, daß er tot sein soll, Herr Anderson?"

„Es hat seinen guten Grund, Gnädigste. Ehe er sich einschiffte, nahm ich ihm das Versprechen ab, zu schreiben. Er sagte mir zu; ich sollte immer Nachricht von ihm haben. Wenn er schweige, sei er tot."